Bitte tauschen Sie die Seiten 1 bis 2 aus!

Abgeordnetenhaus von Berlin

11. Wahlperiode

BERLIN

Plenarprotokoll 11 / 1

# 1. Sitzung

**Berlin, Donnerstag, 2. März 1989**

Inhalt Seite

**Mahnworte zur Wiedervereinigung** ... 3 (B)

**Konstituierung**

**Ansprache des Alterspräsidenten Poritz** ... 3 (A)

**Berufung der Beisitzer** ... 4 (C)

**Feststellung der Beschlußfähigkeit** ... 5 (A)

**Beschlußfassung über die Geschäftsordnung**

– Drs 11/2 – ... 5 (A)

Pagel (REP) ... 5 (B)

Beschluß ... 19 (A)

**Beschlußfassung über das Genehmigungsverfahren in Immunitätsangelegenheiten** ... 5 (C)

Beschlüsse ... 19 (A, B)

**Wahl des Präsidenten**

Frau Hohenberger (AL) ... 5 (D)

Ergebnis ... 19 (B)

**Glückwünsche des Alterspräsidenten** ... 7 (B)

**Ansprache des Präsidenten Wohlrabe** ... 7 (B)

**Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums** ... 8 (B)

Ergebnis ... 19 (B)

**Beschlußfassung über Tag und Stunde der Sitzungen des Abgeordnetenhauses** ... 9 (A)

Beschluß ... 19 (C)

**Einsetzung des Ältestenrats** ... 9 (B)

Beschluß ... 19 (C)

Die Veröffentlichungen des Abgeordnetenhauses sind beim Kulturbuchverlag Berlin, Passauer Straße 4, 1000 Berlin 30, Telefon 2 13 60 71, zu beziehen.

Inhalt Seite


## Aktuelle Stunde

**Politischer Extremismus – Gefahr für die parlamentarische Demokratie?**

Frau Bischoff-Pflanz (AL) ____ 9 (C)
Andres (REP) ____ 10 (C)
Momper (SPD) ____ 11 (D)
Diepgen (CDU) ____ 14 (A)
Pagel (REP) ____ 16 (A)
Dr. Köppl (AL) ____ 16 (D)

## Wahl der Mitglieder zur Bundesversammlung ____ 17 (C)

Ergebnis ____ 19 (D)

## Wahl von zwei Abgeordneten zu Mitgliedern des Wahlprüfungsgerichts

– Drs 11/1 – ____ 18 (B)
Ergebnis ____ 20 (C)

(A) Alterspräsident Poritz eröffnet die Sitzung um 10.02 Uhr.

**Alterspräsident Poritz:** Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zur ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin in der 11. Legislaturperiode.

Nach unserer Verfassung wird die erste Sitzung eines neugewählten Parlaments von seinem ältesten Mitglied eröffnet. Ich bin am 14. April 1921 in Spandau bei Berlin geboren und frage der guten Ordnung halber, ob ein Mitglied des Hauses vor dem genannten Datum geboren wurde. – Da dies offenbar nicht der Fall ist, fällt mir wie schon in der letzten Legislaturperiode wiederum das ehrenvolle Amt des Alterpräsidenten zu. In dieser Eigenschaft eröffne ich die erste Sitzung der 11. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin und begrüße Sie als die gewählten Repräsentanten der Berliner Bevölkerung sehr herzlich.

Zu Beginn jeder Parlamentssitzung steht unser **feierliches Bekenntnis zur Wiedervereinigung** unseres Landes und unserer Stadt.

[Die Abgn. der CDU und der REP erheben sich von ihren Plätzen.]

Mit ihm werden die selbstverständlichen, keiner Verhandlung zugänglichen Essentials jener Politik beschrieben, die in unauflösbarer Gemeinschaft mit der Bundesrepublik Deutschland unter dem Schutzschirm der alliierten Präsenz Trennendes überwinden und ein geeintes Deutschland anstreben soll.

[Die Abgn. der CDU und der REP setzen sich. – Lachen bei der SPD und der AL]

An der Aktualität und Berechtigung dieses Bekenntnisses ändert sich auch in der 11. Legislaturperiode des Berliner Parlaments nichts.

Denn wieder ist ein Flüchtling an der Mauer ermordet worden, ein anderer schwer verwundet. Es geht um die Beseitigung der
(B) Ursachen für solche Taten; es geht um den **Vollzug der von der DDR unterschriebenen Verträge von Helsinki und Wien.** Es geht um die Beseitigung der Mauer und um die bedingungslose und endgültige Aufhebung des Schießbefehls!

[Beifall bei der CDU und den REP]

Dieses unser politisches Glaubensbekenntnis ist so unverändert aktuell, wie es das in bisher jeder Legislaturperiode war. Unrecht kann keine dauerhafte Grundlage für eine friedliche Ordnung des Zusammenlebens in Europa darstellen.

[Beifall bei der CDU und den REP]

Berlin bleibt deshalb ein gesamt-europäisches Symbol, eine mahnende Verpflichtung für das Streben nach einer neuen **friedlichen Ordnung dieses Kontinents.** Aus dieser Vision beziehen wir unsere Berechtigung, die Einheit der Stadt und unseres Volkes zu fordern, wenn wir uns jetzt von unseren Plätzen erheben – und ich glaube, dieses Bekenntnis sollte wie in früheren Zeiten vom ganzen Haus stehend abgegeben werden:

[Die Abgn. der CDU und der REP erheben sich von ihren Plätzen. – Abgeordnete der SPD und der AL erheben sich zögernd.]

**Wir bekunden unseren unbeugsamen Willen, daß die Mauer fallen und daß Deutschland mit seiner Hauptstadt Berlin in Frieden und Freiheit wiedervereinigt werden muß.**

[Anhaltende allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenen]

Mit diesem Bekenntnis verbinde ich meinen Gruß an alle unsere Landsleute, denen ein Ausdruck ihres Willens in freien Wahlen verwehrt ist. Dies ist um so bitterer, als wir uns in diesem Jahr der **180. Wiederkehr der ersten Wahl einer freien Stadtverordnetenversammlung** erinnern, in deren Tradition auch unser heutiges Parlament steht. Die Übernahme der Steinschen Städteordnung und die Gewährung der Selbstverwaltung schufen die ersten Voraussetzungen für eine auf der Freiheit der Bürger beruhende, demokratische und auf Selbstbestimmung gründende staatliche Ordnung.

Die politischen Unduldsamkeiten auf dem rechten und linken (C)
Rand des Parteienspektrums haben von 1933 bis 1948 die demokratisch legitimierten Institutionen in unserem Land beseitigt. Braun und Rot lösten sich in ihrem Haß auf die freien Parlamente ab, deren Existenz sie nur so lange gestatteten, als diese sich mißbrauchen ließen, um der Tyrannei den Anschein von Legitimität zu geben.

Wir trauen heute **der Festigkeit unseres politischen Systems.** Für dessen Fortbestand ist dieses Zutrauen die unerläßliche Basis. Vierzig Jahre unseres demokratischen Staatssystems, die wir in wenigen Monaten feiern, rechtfertigen dieses Zutrauen. Ist das Wahlergebnis also nur alptraumhafte Erinnerungen an die Weimarer Zeit, oder hält uns die Geschichte am Beginn der 11. Wahlperiode des Berliner Abgeordnetenhauses noch rechtzeitig den Spiegel vor?

Auf diesem Spiegel sind blinde Flecken. Da gibt es Mitglieder, die sich im Besitz der höchsten Wahrheit wähnen. Sie leiten daraus den Anspruch ab, zum Siege ihrer Erkenntnis den Einsatz aller Mittel, auch den **Einsatz von Gewalt,** selbst rechtfertigen zu können. Demokratie aber ist niemals Selbsthilfe. Tomas Masaryk, bis 1935 tschechoslowakischer Staatspräsident, nannte die Demokratie eine Selbstregierung, die Selbstbeherrschung voraussetzt; und Selbstbeherrschung nimmt nie den anderen, sondern immer nur einen selbst in die Pflicht.

Diese Pflicht – wenn man so will, diese Selbstbindung – anerkennt das **staatliche Gewaltmonopol**, weil sie um ihre eigenen Schwächen im Angesicht der Macht weiß.

[Beifall bei der CDU und den REP]

Hier werden wir alle sehr aufmerksam sein müssen. Bei aller Faszination eines politischen Experiments muß sich auch die Presse von Tag zu Tag ihrer kritischen Wächterrolle bewußt bleiben.

[Unruhe bei der SPD]

Dann ist es nicht Leichtfertigkeit, wenn wir mit unserem Zutrauen in die Bestandskraft der Demokratie auch um Vertrauen bei den- (D)
jenigen werben, die sich als ethnische, religiöse oder kulturelle Minderheiten bei uns aufhalten. Ihr Schutz ist unsere verläßliche Wachsamkeit gegenüber dem Extremismus jeder Couleur. Deshalb werben wir um ihr Vertrauen. Lassen Sie sich nicht beirren: Die Geschichte kann und sie wird sich nicht wiederholen! Erhalten sie uns das, was Bundeskanzler Helmut Kohl ein so kostbares, aber auch so zerbrechliches Geschenk genannt hat: Ihr Vertrauen in die nach dem Zweiten Weltkriege aufgebaute deutsche Demokratie.

Die mit dem Berliner Wahlergebnis verbundene **Polarisierung auf dem linken und auf dem rechten Rand des politischen Spektrums** sollte vor allem uns selbst Anlaß zum Nachdenken sein.

Dieser Verpflichtung werden wir weder mit dem Rückgriff auf Gewalttätigkeiten noch mit Auseinandersetzungen auf der Straße gerecht werden. Wir müssen vielmehr die **politische Auseinandersetzung** suchen, gerade auch im Parlament – grenzen wir nicht aus, aber begeben wir uns auch nicht in ungerechtfertigte Partnerschaften.

Jedes Verbrechen beginnt im Kopf – so heißt es – mit dem ersten Gedanken daran. Aber kein Gedanke könnte fruchtbar werden, fiele er nicht in ein vergiftetes Herz, vergiftet von Neid, Überheblichkeit, Brutalität, Feindschaft, Angst und Agressivität. Wir müssen uns wieder den Herzen der Menschen zuwenden, Zugang zu ihren positiven Gefühlen finden, statt es anderen zu überlassen, ihre Gesinnungen für sich politisch zu nutzen.

Die Fähigkeit zum sozialen Miteinander, die humanistischen Ideale unserer europäischen Geschichte, die Ideen der Toleranz sind verschüttet; sie müssen wieder gepflegt werden. Sicherlich, der Wahn der Nationalsozialisten, unsere deutsche, unsere europäische Kultur retten zu sollen, zerstörte gerade die Wurzeln eben jener Kultur und beraubte sie eines Teils ihrer Werte.

Da langte es erst einmal zu nicht mehr, als die **Spielregeln der Demokratie** nach dem Kriege zu lernen. Bei der Unterweisung in die Techniken der Demokratie sind ihre Tugenden, ihre gei-

**Alterspräsident Poritz**

(A) stesgeschichtlichen und humanistischen Ideale nur wenig mitbelebt worden. Sie wurde immer mehr zur Durchsetzung der Macht instrumentalisiert.

Dieses Defizit faßte Karl Jaspers in die Worte – und Gott sei Dank war er Philosoph und kein Politiker:

> Die Demokratie setzt bereits die Vernunft im Volk voraus, die sie dort eigentlich erst hervorbringen soll. Deshalb muß es bestürzen, daß eine Politik, die sich am Ganzen orientiert, immer weniger Erfolg hat, obwohl sie davon ausgehen kann, daß unweigerlich auch der Einzelne als Teil des Ganzen profitiert. Liegt es an der falschen Definition dessen, was das Wohl des Ganzen ist, oder haben sich die Werte gewandelt?

Es beantwortet diese Fragen nur wenig, beleuchtet aber den **Wertewandel**, wenn man den Vorrang einer Vielzahl von Einzelinteressen beobachtet. Es werden nicht nur egoistische Ziele verfolgt, sondern es wird auch erwartet, daß alle anderen sie respektieren. Diese neue Ich-Bezogenheit stellt die Politik vor große Herausforderungen. Man wird ihnen nicht dadurch begegnen, daß man ihnen hinterherläuft, und schon gar nicht, indem man **Stimmungen zur Richtschnur** von Politik macht. Wenn Politik aber vor allem dann Erfolg verspricht, wenn sie bewußt die Interessen des Individuums in den Vordergrund stellt, so wird es dem Geschick der Politik anheimfallen, diese Einzelinteressen zum Wohl des Ganzen zusammenzuführen.

Das wird eine **Bewährungsprobe für unser politisches System** in der vor uns liegenden Legislaturperiode. Seine Grenzen werden durch das, was unpopulär ist, schneller erreicht, und sie werden fließender zwischen dem, was eine wünschenswert volksnahe Politik ist, und dem, was sich nur populistisch gibt. Dem Volk aufs Maul schauen – so wie Martin Luther die Kunst des Dolmetschers beschrieb, so könnte die **Kunst der Politik** heute beschrieben werden. Als Abgeordneter dem Mann auf der Straße sein Ohr zu leihen und seine Wünsche in langfristige Politik umzusetzen, stellt hohe Anforderungen an uns alle. Die (B) Ergebnisse durch Überzeugungsarbeit zu vermitteln heißt auch, dem Bürger klarzumachen, warum er mit seinen Einzelinteressen nicht berücksichtigt ist.

Es ist ein Teil der Vernunft, die in dem vorhin von Karl Jaspers zitierten Sinne ein demokratisches Staatswesen beim Bürger erzeugen muß. Das ist etwas anderes als das Zerrbild der „Schlagwortdemokratie", bei der es nicht auf Politikinhalte und Argumentationen ankommt. Der der Demokratie selbstverständliche **Zwang zum Kompromiß** macht diese Staatsform so erfolgreich. Demokratie ist aber nur die äußere Form für das geistige Miteinanderringen um die zweckmäßigste Daseinsordnung. Über die Inhalte dieser Daseinsordnung mitzuentscheiden, bleibt jeder aufgerufen. Jeder kann ohne Zugangsvoraussetzungen Verantwortung in der Politik tragen. Solange sich aber die Bevölkerung über freigebig gespendete Kritik hinaus am politischen Willenbildungsprozeß nicht beteiligt, so lange werden immer weniger Menschen die geistige Auseinandersetzung führen müssen – und sie werden um so anfälliger für sachfremde Einflußnahmen werden. **Politik als Bürgerpflicht** zu begreifen, sollte die Mahnung aus dem letzten Wahlergebnis sein. Das wäre eine neue politische Kultur, eine neue Bescheidenheit in Form und Inhalt, die unter dem Motto stehen sollte: Herrschen durch Dienen!

In dieser Legislaturperiode werden wir Zeuge einer stärkeren **Integration der Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft** werden. Es sind weniger als vier Jahre, in denen auch unsere Stadt die damit verbundenen Herausforderungen bestehen muß. Dabei begleiten uns große Erwartungen vieler unserer **östlichen Nachbarn**. Berlin ist für sie die Hoffnung, daß die EG nicht eine Festung wird, sondern daß die Stadt der Pflock ist, der das Tor der europäischen Einigung nach Osten hin offenhält. Dort erleben wir dramatische Veränderungen von Ungarn bis zu den baltischen Staaten, deren Folgen und Rückwirkungen auf uns nicht abzusehen sind. Noch ist es zu früh, die historischen Dimensionen abschätzen zu können. Vielleicht überschreiten wir gerade die Schwelle zu einem Zeitabschnitt, In dem unserer Stadt die bisher visionär gebliebene **Mittlerrolle zwischen Ost und West** real übertragen wird. Bereiten wir uns darauf vor, und (C) erschöpfen wir unsere Schaffenskraft nicht nur in der Lösung tagespolitischer und kommunaler Ereignisse.

In einigen Tagen werden wir uns zur **Wahl einer neuen Regierung** zusammenfinden. Wer immer an der Regierungsbildung beteiligt ist, er möge nicht seinen Auftrag aus den Augen verlieren, der Stadt Bestes zu suchen – nicht das Beste für sich selbst und nicht das Beste für seine Gruppe. So wie wir Abgeordnete, jeder für sich, Vertreter des ganzen Volkes sind, so darf auch eine Regierung nie das Wohl nur eines Teils der Gesellschaft im Auge haben. Diesen Auftrag zu unterstützen – durch konstruktive Kritik, durch sorgfältige Kontrolle und durch eigene Vorschläge –, ist das Abgeordnetenhaus der 11. Wahlperiode aufgerufen. Ich wünsche uns allen in der Auseinandersetzung um den besten Weg dorthin, daß wir hier in diesem Parlament die demokratische Auseinandersetzung suchen – hart in der Sache, aber fair im Umgang miteinander. Dann wird es eine erfolgreiche Arbeit zum Besten der Bevölkerung, zum Besten der Stadt. Möge uns dafür der innere und äußere Friede in Freiheit erhalten bleiben!

[Beifall bei der CDU, der SPD und den REP]

Bevor ich nun die Beschlußfähigkeit des Hauses feststelle, möchte ich die vier an Jahren jüngsten Mitglieder des Hauses in das amtierende Präsidium berufen. Bekanntlich spielt dabei nur das Lebensalter eine Rolle, nicht die Größe der einzelnen im Parlament vertretenen Fraktionen. So bitte ich, neben mir Platz zu nehmen: Herrn Carsten Pagel,

[Beifall bei den REP – Buhrufe bei der AL]

Herrn Albert Eckert, Frau Lydia Hohenberger und Frau Sabine Weißler. – Herr Eckert verzichtet.

[Eckert (AL): Ich verzichte nicht, aber ich bleibe stehen!]

– Sie können hier oben nicht stehen bleiben; ich habe Sie gebeten, sich hier hinzusetzen. (D)

[Frau Künast (AL): Wo steht denn, daß er sitzen muß!]

– Herr Eckert, ich habe Sie gebeten, neben mir Platz zu nehmen. Wenn Sie das nicht wollen, dann gehen Sie, bitte, auf Ihren Platz zurück; dann nehmen wir den Nächstjüngeren. Was haben Sie denn für ein Demokratieverständnis!

[Beifall bei der CDU und den REP]

Ich bitte den Abgeordneten Ingo Schmitt, anstelle von Herrn Eckert hier nach oben zu kommen.

Ich darf nunmehr die Beschlußfähigkeit des Hauses durch Aufruf der Namen aller Abgeordneten feststellen. Die aufgerufenen Kolleginnen und Kollegen möchte ich bitten, auf den Namensaufruf jeweils mit Ja zu antworten und sich dabei vom Platz zu erheben, um das Kennenlernen zu erleichtern, denn es sind viele neue Mitglieder in das Abgeordnetenhaus gewählt worden.

[Eckert (AL): Lassen Sie doch abstimmen, wer hier die Namen aufrufen darf!]

Herr Eckert, gehen Sie, bitte, an Ihren Platz zurück, sonst lasse ich Sie vom Ordnungsdienst runterbringen.

[Zurufe von der AL]

– Meine Herren vom Ordnungsdienst, bitte, entfernen Sie den Herrn, der sich nicht setzen wollte, von hier oben!

[Beifall bei der CDU und den REP – Zurufe von der AL]

– Herr Eckert, wennn Sie meinen Anordnungen nicht Folge leisten, dann werde ich Sie nach § 78 der Geschäftsordnung von der heutigen Sitzung ausschließen.

[Eckert (AL): Ich protestiere!]

– Sie können protestieren!

[Der Ordnungsdienst führt Abg. Eckert (AL) vom Sitz des Präsidiums weg. – Beifall bei CDU und den REP – Protestrufe von der AL]

**Alterspräsident Poritz**

(A) Ich bitte nun den Abgeordneten Pagel, den Aufruf der Namen bis zur laufenden Nummer 34 vorzunehmen. Herrn Abgeordneten Schmitt bitte ich, die Namen der laufenden Nummern 35 bis 68 zu verlesen. Dann werden Frau Abgeordnete Hohenberger die Namen laufende Nummer 69 bis 102 und Frau Abgeordnete Weißler die Namen laufende Nummer 103 bis zum Schluß aufrufen.

[Aufruf der Namen]

Herzlichen Dank meinen jetzigen Präsidiumsmitgliedern für den Namensaufruf. Ich kann feststellen, daß von den 138 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses 137 anwesend sind. Damit hat sich das Abgeordnetenhaus der 11. Wahlperiode konstituiert. Seine Beschlußfähigkeit ist gegeben.

Wir kommen zur

## lfd. Nr. 2 a:

**Beschlußfassung über die Geschäftsordnung**

Zur Beschlußfassung über die Geschäftsordnung haben die Fraktionen der CDU, der SPD und der AL einen Antrag eingebracht, der mit der Drucksachen-Nr. 11/2 verteilt worden ist und den ich noch einmal verlesen möchte:

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses der 10. Wahlperiode einschließlich der Anlagen 1 bis 4 wird als vorläufige Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses der 11. Wahlperiode mit folgender Änderung übernommen:

In § 12 – Zusammensetzung des Präsidiums – wird in Absatz 1 das Wort „acht" durch das Wort „sechs" ersetzt.

(B) Gibt es Wortmeldungen hierzu? – Es hat der Abgeordnete Pagel sich zu Wort gemeldet. Bitte!

[Frau Künast (AL): Sollen wir jetzt den Albert Eckert wieder hochschicken? – Heiterkeit]

– Na, so lange wird er ja nicht reden!

**Pagel** (REP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die drei etablierten Fraktionen dieses Hauses haben hier in trauter Eintracht einen Antrag eingebracht, der die **Rechte einer neuen und kleineren Fraktion beschneiden** soll. Das Präsidium hatte bisher elf Mitglieder, und es war bisher nicht zu erkennen, daß es dadurch in irgendeiner Form nicht arbeitsfähig war. Wir haben jetzt die Situation, daß nach dem Einzug der Republikaner in das Haus das Präsidium verkleinert werden soll, was zur Folge hat, daß **die Republikaner in dem neuzubildenden Präsidium nicht vertreten** sind.

[Zuruf: Das war auch beabsichtigt!]

Ich meine, daß von vornherein klargestellt werden muß, daß die hier bereits vertretenen Parteien das Wahlergebnis akzeptieren sollten. Dazu gehört unserer Ansicht nach auch, daß die Fraktion der Republikaner in allen parlamentarischen Gremien vertreten ist. Das, was hier in einer Front von AL über SPD bis hin zur CDU beantragt wird, ist der Versuch, die Republikaner herauszudrängen, sie an der Verantwortung im Abgeordnetenhaus nicht zu beteiligen.

Wir sind dafür, daß das Präsidium in der Zusammensetzung, in der es bisher war, so bleibt und auch die Republikaner die Möglichkeit erhalten, dort mitzuarbeiten. Wir meinen, daß es nur **guter parlamentarischer und demokratischer Brauch** wäre, einer kleineren Fraktion die Möglichkeit der Mitwirkung hier nicht zu versagen.

[Beifall bei den REP]

**Alterspräsident Poritz:** Das war eine Rede, aber kein neuer Antrag.

Wir stimmen dann ab über den Antrag der drei Fraktionen, Drucksache 11/2. Wer diesem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke! Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen und einigen Gegenstimmen ist der Antrag angenommen. (C)

Ich stelle fest, daß das Abgeordnetenhaus der 11. Wahlperiode die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses der 10. Wahlperiode, einschließlich der beschlossenen Änderung, als vorläufige Geschäftsordnung übernommen hat. Eine Überarbeitung der Geschäftsordnung sollte in Angriff genommen werden.

Wir kommen dann zur

## lfd. Nr. 2 b:

**Beschlußfassung über das Genehmigungsverfahren in Immunitätsangelegenheiten**

Gemäß einem interfraktionellen Übereinkommen schlage ich vor, einen Beschluß über das Genehmigungsverfahren in Immunitätsangelegenheiten zu fassen. Der Text des Beschlusses ist aus der Anlage 5 der Geschäftsordnung ersichtlich. Lediglich in der Überschrift muß das Datum, 18. April 1985, durch das heutige Datum und in Nummer 1 des Beschlusses muß „10. Wahlperiode" durch „11. Wahlperiode" ersetzt werden. Wortmeldungen? – Sehe ich nicht! Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke! Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen! Der soeben gefaßte Beschluß wird Anlage 5 der vorläufigen Geschäftsordnung.

Im Einvernehmen mit den Fraktionen möchte ich Ihnen bei dieser Gelegenheit vorschlagen, wie in den vergangenen Wahlperioden zu beschließen: (D)

Der Präsident des Abgeordnetenhauses erhält die Befugnis, im Einvernehmen mit dem Ältestenrat in den im Strafgesetzbuch vorgesehenen Fällen die Ermächtigung zur Strafverfolgung zu erteilen.

Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen nun zur

## lfd. Nr. 3:

**Wahl des Präsidenten**

Vorschlagsberechtigt wäre die stärkste Fraktion. Die beiden gleichstarken Fraktionen CDU und SPD haben sich auf ein Vorschlagsrecht der CDU-Fraktion verständigt. Von der Fraktion der CDU wird für die Wahl zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses Herr Jürgen Wohlrabe vorgeschlagen. Weitere Vorschläge liegen mir nicht vor. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Bitte sehr!

**Frau Hohenberger** (AL): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es soll hier nicht der Eindruck erweckt werden, die AL hätte neuerdings ihre Liebe zum Repräsentieren entdeckt. Die Besetzung des Präsidiums dieses Hauses macht es jedoch notwendig, sich mit den Formalien rund um das PräsidentInnenamt zu beschäftigen. Da sich jede so gut blamiert wie sie kann, könnte die Wahl der PräsidentIn unproblematisch sein.

Doch die Situation in der Stadt ist nicht danach. Der **Umgang der Regierenden** in den letzten acht Jahren **mit dem Souverän** Berlins, dem Abgeordnetenhaus, zwingt vielmehr zu einer Stärkung des Parlaments. Die geringe Akzeptanz der WählerInnen gegenüber der bisherigen „Politik", ausgedrückt zuletzt durch

**Frau Hohenberger**

(A) die **niedrige Wahlbeteiligung,** zwingt weiter dazu, hohe Maßstäbe an die Besetzung des Präsidiums anzulegen. Kritische Distanz zum verliehenen Amt sollte eine der Anforderungen sein, die eine PräsidentIn erfüllen muß. Nicht die Geschäftsordnung allein, auch die Darstellung nach außen muß von hoher Sensibilität geprägt sein. Die Feierei der letzten beiden Jahre hat politischen Schaden angerichtet. Die Repräsentationen waren eher geeignet, sich selbst zu feiern, als die Stadt und Menschen, die in ihr leben, zu vertreten.

Die AL-Fraktion bezweifelt, ob ein **Herr Wohlrabe** in der Lage wäre, die gebotene Sensibilität an den Tag zu legen. Selten gab es schillerndere Beispiele der Eitelkeit und Selbstgefälligkeit. Die Frage, ob mit Herrn Wohlrabe eine höhere Akzeptanz der Politik erreicht werden kann, muß sich jede KollegIn selbst beantworten. Es gibt allerdings eine Reihe von Faktoren, die der Entscheidungsfindung dienlich sein können. In ihrer Wichtigkeit sind sie sicher unterschiedlich zu beurteilen. Sie zeigen aber alle, welchen besonderen Stellenwert die Politik bei Herrn Wohlrabe einnimmt. Daß er während seiner AStA-Zeit in den Kneipen nur vor Mineralwasser gesehen wurde, spricht zunächst noch für ihn. Daß er aber nur wartete, bis der klare Kopf der KommilitonInnen im Alkohol ertrank, um sie dann zu „seinen" Entscheidungen zu bewegen, spricht klar gegen ihn. Daß er als „Adenauer-Knappe" an der FU für schärfste disziplinarische Maßnahmen gegen StudentInnen plädierte, die gegen NS-Straftäter demonstriert hatten, beweist die hohe Toleranz, die er politisch Andersdenkenden entgegenbringt. Diese Toleranz messen wir auch an den Äußerungen Wohlrabes im Zusammenhang mit seinem Besuch auf der chilenischen Gefängnisinsel Dawson im Jahre 1974, oder auch jene zu den Verträgen zwischen der DDR und der Bundesrepublik.

Die hohe Meinung des Herrn Wohlrabe über die **Unabhängigkeit der Medien,** d. h. ihrer Unabhängigkeit gegenüber Partei- und Privatinteressen, läßt sich an seinem eigenen Engagement, auch gegenüber dem SFB, ablesen: „Sender für Besetzer", „Roter Faden" durch die Berichterstattung, überrepräsentativ viele Linke oder ganz linke Stimmen kämen im SFB zu Wort. Nur drei Äußerungen eines Privatfunkers, der noch 1977 jede Personalentscheidung beim SFB parteipolitisch kommentieren mußte. Wohlgemerkt: Dieser Herr will heute „unabhängig" diesem Hause vorsitzen.

(B)

Unbestechlich mag er sein, obwohl seine Verquickung in die **Flick-Spendenaffäre** nie offengelegt wurde. Vielleicht steht er noch heute dazu, „daß die Flick KG so liebenswürdig war" und dies nur insoweit etwas mit ihm zu tun hatte, als er den früheren Flick-Manager von Brauchitsch im Mai 1977 um Spenden anging. Diese erhielt er, wenn auch für andere.

[Unruhe]

**Alterspräsident Poritz:** Sie haben recht, wenn Sie sich umblicken. Aber ich kann auch nicht mehr für Ruhe sorgen, wenn die Männer Ihnen gegenüber nicht die Disziplin wahren, die sie eigentlich einer Dame gegenüber wahren sollten.

**Frau Hohenberger** (AL): Unbestechlich mag er sein auch in bezug auf seine **Verbindungen zum Baugeschehen der jüngsten Vergangenheit.** Otremba, Franke und Wohlrabe wurden in einem Atemzug genannt, als es um die Nutzung des Grundstükkes Fasanenstraße 76/77 ging. Der inzwischen verstorbene Finanzstadtrat Charlottenburgs wird seine Gründe gehabt haben, als er 1985 in diesem Zusammenhang intervenierte. Selbst Herr Diepgen sah sich daraufhin gezwungen, sich mit diesem Vorgang zu befassen. Als das Verfahren platzte, zog sich Wohlrabe zunächst mit seinen Plänen zurück. Zwischenzeitlich fällt eine merkwürdige Deckungsgleichheit zwischen Klingbeils Plänen am Kant-Dreieck und Wohlrabes Vorhaben, dem „Medienhaus" auf.

Auch die **Unabhängigkeit der Justiz** ist von Wohlrabe nie bestritten worden. Dennoch sah sich ein Richter beim Landgericht Berlin gezwungen, Wohlrabe der Einflußnahme auf ein laufendes Strafverfahren zu bezichtigen. Er warf ihm ein Rechtsverständnis vor, das nur vor 1945 im deutschen Justizwesen vorhanden war. Weiterhin nannte er Wohlrabes Vorgehen einen unzulässigen Versuch eines fehlinformierten und fehlberatenen Politikers. Zur Erinnerung: Der Mann ist Jurist. (C)

Die AL-Fraktion ist der festen Überzeugung, daß die Nominierung Wohlrabes durch die CDU abermals und in deutlichster Weise deren Verhältnis zum Parlament und zum Stellenwert dieses Hauses dokumentiert. Wohlrabe mag sich viele Verdienste erworben haben, keiner von ihnen rechtfertigt seine Nominierung zum Präsidenten dieses Hauses.

Die AL ist weiter überzeugt davon, daß die über dreißigjährige **Politiktätigkeit Wohlrabes** eine zu deutliche Sprache spricht. Eine Sprache, die **Schlimmstes befürchten läßt,** nicht jedoch eine von Fairneß getragene Leitung der Debatten dieses Hauses. Zugegeben, diese Fairneß wurde bisher nur von wenigen StellvertreterInnen des Präsidenten gewährleistet. Doch heißt dies für die AL-Fraktion nicht, daß derlei negative Traditionen zwangsläufig fortgesetzt werden müssen.

Die CDU wäre gehalten gewesen, nach dem 29. Januar 1989 wenigstens einen Beitrag zur Behebung der Politikverdrossenheit in dieser Stadt zu leisten. Sie tat es nicht; ganz im Gegenteil, die Nominierung Wohlrabes beweist einmal mehr die Ignoranz der CDU gegenüber dem Willen der WählerInnen.

[Beifall bei der AL]

Und weiter kann die Nominierung Wohlrabes, der persönlich für all jene Ausprägungen der CDU-Politik steht, nur als Provokation dieses Hauses gewertet werden: Ausgrenzung, Machtmißbrauch, Überheblichkeit und Selbstgefälligkeit müssen in einem Atemzug mit dem Namen Wohlrabe genannt werden.

[Buwitt (CDU): Die Provokation war bisher die AL! – weitere Zurufe von der CDU]

Ich komme zum Schluß:

[Demonstrativer Beifall bei der CDU]

(D)

Diese Provokation erfolgt in einer Situation, in der das Parlament dieser Stadt vor einer seiner schwierigsten Aufgaben steht. – Vielen Dank!

[Beifall bei der AL]

**Alterspräsident Poritz:** Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Gemäß § 11 der Geschäftsordnung wird der Präsident mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Hauses gewählt; das sind 70 Stimmen. Nach § 74 Abs. 1 der Geschäftsordnung können alle Wahlen in einfacher Abstimmung durch Zuruf stattfinden, wenn dem nicht widersprochen wird. Andernfalls ist die Wahl mit verdeckten Stimmzetteln vorzunehmen. – Wird einer Wahl durch einfache Abstimmung widersprochen?

[Zurufe von der SPD und der AL: Ja!]

– Wir haben also die Wahl mit versteckten,

[Allgemeine Heiterkeit]

– verdeckten Stimmzetteln durchzuführen. Ich bitte Sie, sich etwas zu gedulden, bis die Wahlkabinen aufgestellt sind. Die Wahlkabinen an der Fensterseite sind von den Abgeordneten zu benutzen, deren Name mit den Buchstaben A bis K beginnt, und die Wahlkabinen an der Türseite von den Abgeordneten, deren Name mit den Buchstaben L bis Z beginnt. Die aufgerufenen Abgeordneten bitte ich, sich zu den Wahlkabinen zu begeben. Jedem Abgeordneten wird erst vor Eintritt in die Wahlkabine bei Namensaufruf der Stimmzettel mit einem Umschlag ausgehändigt. Nach Ausfüllen des Stimmzettels in der Kabine ist dieser Umschlag unmittelbar in die entsprechende Wahlurne zu werfen. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß nach § 74 Abs. 2 der Geschäftsordnung ein Abgeordneter zurückgewiesen werden muß, wenn er seinen Stimmzettel außerhalb der Wahlkabine gekennzeichnet oder in den Umschlag gelegt hat.

Wer dem Wahlvorschlag Jürgen Wohlrabe zustimmen will, muß hinter dem Namen des Vorgeschlagenen ein Kreuz in den

**Alterspräsident Poritz**

(A) Kreis setzen, der mit dem Wort Ja bezeichnet ist. Diejenigen, die den Vorgeschlagenen nicht wählen wollen, bitte ich, den Kreis mit dem Wort Nein, und diejenigen, die sich der Stimme enthalten wollen, den Kreis mit dem Wort Enthaltung anzukreuzen. Ein leerer, also nicht angekreuzter Stimmzettel gilt ebenfalls als Stimmenthaltung. Anders gekennzeichnete Stimmzettel zählen als ungültige Stimmen. Stimmzettel mit zusätzlichen Vermerken werden ebenfalls als ungültig gewertet. – Ich möchte auch bitten, daß die Senatorenbänke freigemacht werden, damit diese Herren nicht schon vorher das Wahlergebnis kennen, indem sie von hinten in die Kabine sehen können.

Nunmehr möchte ich die Herren Abgeordneten Pagel und Schmitt bitten, an den rechten Wahlkabinen – paßt auch besser –, an der Fensterseite, und Frau Abgeordnete Hohenberger und Frau Abgeordnete Weißler, an den linken Wahlkabinen, an der Türseite, Aufstellung zu nehmen, und ich bitte Frau Abgeordnete Kollotschek als nächstjüngste Abgeordnete, die Namen der Abgeordneten abschnittsweise vorzulesen.

[Aufruf der Namen und Abgabe der Stimmkarten.]

Ich danke für die Verlesung der Namen und bitte nun auch die Beisitzer, Ihre Wahl vorzunehmen.

Darf ich nun fragen, ob alle Abgeordneten die Möglichkeit hatten, sich an der Wahl zu beteiligen? – Das ist der Fall. Dann schließe ich jetzt die Abstimmung und bitte alle Beisitzer, das Wahlergebnis festzustellen. Ich möchte Sie bitten, sich etwas zu gedulden, bis das Wahlergebnis ermittelt ist.

[Auszählung]

Meine Damen und Herren, ich bitte, wieder Platz zu nehmen, denn ich möchte Ihnen das Wahlergebnis bekanntgeben:

Abgegebene Stimmen 137;

mit Ja stimmten 74 Abgeordnete,

(B) [Beifall bei der CDU – vereinzelter Beifall bei den REP]

mit Nein 59,

Stimmenthaltungen 4,

keine ungültigen Stimmen.

Herr Abgeordneter Jürgen Wohlrabe hat über die erforderliche Mindestzahl von 70 Stimmen hinaus insgesamt 74 Stimmen erhalten. Ich frage Sie, Herr Abgeordneter Wohlrabe, ob Sie die Wahl annehmen.

**Wohlrabe** (CDU): Ich nehme die Wahl an!

[Beifall bei der CDU – vereinzelter Beifall bei den REP]

**Alterspräsident Poritz:** Durch die Annahme der Wahl sind Sie ordnungsgemäß gewählter Präsident des Abgeordnetenhauses geworden. Ich freue mich, Ihnen auch im Namen des Hauses die Glückwünsche aussprechen zu können. Ich möchte Sie nunmehr bitten, den Präsidentenplatz einzunehmen.

**Präsident Wohlrabe:** Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich für die Wahl zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin sehr herzlich.

Mein ganz besonderer Dank richtet sich in dieser Stunde an meinen Amtsvorgänger, Peter Rebsch, der acht Jahre unser Parlament, das Parlament Berlins, in vorzüglicher Weise vertreten hat.

[Beifall bei der CDU – vereinzelter Beifall bei der SPD und den REP]

Lieber Peter, ganz herzlichen Dank!

Besonder herzlichen Dank auch Ernst-August Poritz, unserem Alterspräsidenten, für seine Eröffnungsrede zur 11. Wahlperiode unseres Abgeordnetenhauses. Vielen herzlichen Dank an den Alterspräsidenten! (C)

[Beifall bei der CDU – vereinzelter Beifall bei der SPD und den REP]

Gestatten sie mir auch persönlich ein paar einleitende Worte: Jede Wahl, jeder Wahlkampf, ja fast jede Regierungsbildung schlägt auch Wunden. Gerade jene unter uns, die dem Verein für deutliche Aussprache angehören, müssen dabei politische Tiefschläge bis hin zur persönlichen Verunglimpfung hinnehmen. Wer über diese rauhen Sitten bei uns klagt, dem empfehle ich, nach London, in das Mutterland der Demokratie, zu schauen. Wie dort die Lords miteinander umgehen, das ist auch nicht immer die feine englische Art. Und doch stellt sich auch nach der erbittertsten Auseinandersetzung sehr bald wieder jene typische Gelassenheit ein, um die wir die Briten nur beneiden können. Ebenso notwendig wie der Streit ist in jeder politischen Kultur die Versöhnung. So unausweichlich die gelegentliche Entgleisung ist, so unverzichtbar ist der überwiegend **faire Umgang miteinander.**

[Beifall bei der CDU und der SPD – vereinzelter Beifall bei den REP]

Das Wort „Würde" ist zwar bei uns aus der Mode gekommen, und doch erwartet das Volk von seinen Volksvertretern, daß sie sich nicht wie Streithähne bekämpfen, sondern mit jenem selbstverständlichen und bescheidenen Stolz wirken, der einem frei gewählten Parlament zukommt.

Gerade für Berlin gelten hier besondere Maßstäbe. Diese Stadt ist eben nicht eine Stadt wie jede andere. Und das Ausland registriert bei uns aufmerksamer und wohl auch mißtrauischer als anderswo jede Abweichung von der demokratischen Mitte. Das gilt auch insbesondere jetzt.

Die Wahlentscheidung vom 29. Januar hat ein Parlament zur Folge, das sich in seiner Zusammensetzung erheblich und grundlegend von der des vorherigen Abgeordnetenhauses unterscheidet. Die Wahl hat die **politische Landschaft unserer Stadt verändert.** Sie hat auch dazu geführt, daß das Abgeordnetenhaus von Berlin stärker gefordert sein wird, und zwar als Volksvertretung, als besondere Gemeinschaft, in der alle Strömungen zusammenfließen und in der sich sämtliche Spannungen widerspiegeln, die im Volke ausgetragen werden. (D)

Nach Artikel 25 unserer Verfassung versteht sich das Abgeordnetenhaus als das Parlament aller Berliner. Freiheit und Frieden in ganz Berlin wären die Voraussetzung für diesen Verfassungsgrundsatz. Gerade in diesen Tagen erinnern uns erneut Schüsse und Gewaltanwendung an der Mauer, die wir zutiefst verurteilen, an das Unrecht der Teilung. Wir müssen die **Teilung der Stadt überwinden** und die **Teilung Europas überwinden** helfen. Die Bürger der DDR sind nicht nur Bürger ihres Staates, sondern sie sind und bleiben Deutsche.

[Beifall bei der CDU, der SPD und den REP]

Gerade deshalb sind Kontakte und Beziehungen auch zu den Repräsentanten des anderen deutschen Staates von hoher Wichtigkeit.

Wir Berliner waren immer – und schon lange bevor andere darüber sprachen – zu „neuem Denken", zur Zusammenarbeit in Freiheit, bereit. Doch auch hier gilt es, die historischen Erfahrungen zu beachten. Wir Älteren haben die Jüngeren daran zu erinnern, daß wir gemeinsam das freiheitlichste und wohlhabendste Gemeinwesen, das wir je hatten, aufgebaut haben. Dies darf nicht auf's Spiel gesetzt werden.

Vieles von dem verdanken wir auch unseren **Alliierten.** Der Schutz der Alliierten für diese Stadt ist auch in einer sich verändernden Gegenwart und Zukunft deswegen so wichtig, weil er sich eben in der Vergangenheit als unverzichtbar erwiesen hat.

[Beifall bei der CDU, der SPD und den REP]

**Präsident Wohlrabe**

(A) Sie wissen, daß mich in meinen Bonner Tagen eine besonders herzliche Gegnerschaft mit Herbert Wehner verbunden hat. Seine Kurzformel – nur deshalb erwähne ich ihn hier – für die Sicherheit unserer Stadt gilt nach wie vor, als er von der „strikten Einhaltung und vollen Anwendung" des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin sprach. Dies soll für uns Richtschnur sein!

[Beifall bei der CDU, der SPD und den REP]

Den altgedienten Parlamentariern muß ich das nicht sagen, aber die Neulinge darauf hinzuweisen, halte ich für meine Pflicht: Das **Präsidium,** das Sie gleich wählen werden, wäre sicher allen Abgeordneten sehr dankbar, wenn wir so wenig wie möglich **schiedsrichtern** müßten und wenig gelbe und gar keine rote Karte zu zeigen gezwungen wären.

[Frau Künast (AL): Wir sind hier nicht auf dem Sportplatz, Herr Wohlrabe!]

Neben den politischen und ideologischen Gegensätzen gibt es auch Gedanken, die uns verbinden. Über Parteigrenzen hinweg gilt:

> Tuet den Mund auf für die Stummen und die Schwachen und für die Sache derer, die verlassen sind.

[Beifall bei der CDU und der SPD – vereinzelter Beifall bei den REP]

Und über Parteigrenzen hinweg, sind wir alle dem **Wohl dieser Stadt** verpflichtet. Ich wünsche Ihnen allen, den Abgeordneten der 11. Legislaturperiode, viel Erfolg bei der Arbeit.

Frei nach Richard von Weizsäcker meine ich:

> Wir sind mitverantwortlich, unserem „Berliner sein" einen Inhalt zu geben, mit dem wir uns und der Welt verständlich sind und in d e m wir uns selbst zuhause fühlen, unseren Nachbarn und Freunden erträglich sein, von unseren Gegnern respektiert werden und vor unseren Nachkommen bestehen können.

(B) Wir alle können dazu beitragen – und wünsche ich mir nicht nur als Politiker, sondern vor allem als Vater von zwei Kindern, daß unsere Kinder anders als in der Stunde der Gefahr und frei von Furcht mit Stolz sagen können: „Schaut auf diese Stadt!" – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei der CDU, der SPD und den REP]

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf

## lfd. Nr. 4:

### Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums

Es sind gemäß § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung zwei Stellvertreter des Präsidenten und sechs Beisitzer zu wählen. Ich darf annehmen, daß die Fraktionen vor der Benennung sich des Einverständnisses der Vorgeschlagenen versichert haben. Zu einem der beiden Stellvertreter des Präsidenten schlägt die Fraktion der SPD Frau Abgeordnete Marianne Brinckmeier vor. Liegen Wortmeldungen vor? – Ich sehe keine Wortmeldungen.

Nach § 11 der Geschäftsordnung werden auch die Stellvertreter des Präsidenten mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Abgeordnetenhauses gewählt; das sind 70 Stimmen. Auch hier gilt die Vorschrift der Geschäftsordnung, daß die Wahl in einfacher Abstimmung durch Zuruf stattfinden kann, sofern nicht widersprochen wird. Gibt es hierzu Widerspruch?

[Buwitt (CDU): Wir haben geheime Abstimmung beider Vizepräsidenten beantragt!]

– Es ist geheime Abstimmung beantragt worden, folglich findet die Wahl mit verdeckten Stimmzetteln statt.

Ich darf bitten, daß wir wie bei der Wahl des Präsidenten verfahren, und bitte die Verwaltung, die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen.

Ich möchte die Herren Abgeordneten Pagel und Schmitt bitten, an den rechten Wahlkabinen – Fensterseite –, und Frau Abgeordnete Hohenberger und Frau Abgeordnete Weißler, an den linken Wahlkabinen – Türseite – Aufstellung zu nehmen. (C) Herr Abgeordneter Bartsch, beginnen Sie, bitte, mit dem Namensaufruf.

[Aufruf der Namen und Abgabe der Stimmkarten]

Darf ich fragen, ob alle abgestimmt haben? – Ich schließe die Abstimmung und bitte die Beisitzer, das Abstimmungsergebnis festzustellen.

[Auszählung]

Ich bitte, wieder Platz zu nehmen, damit ich Ihnen das Ergebnis der Abstimmung für eine der stellvertretenden Präsidentinnen bekanntgeben kann:

| | |
|---|---|
| Abgegebene Stimmen: | 135, |
| Ja-Stimmen | 83, |
| Nein-Stimmen | 42, |
| Stimmenthaltungen | 10, |
| ungültige Stimmen | keine. |

Frau Abgeordnete Brinckmeier hat über die erforderliche Mindestzahl von 70 Stimmen hinaus somit 83 Stimmen erhalten.

[Beifall]

Ich beglückwünsche Sie, Frau Brinckmeier, sehr herzlich zu Ihrer Wahl und frage, ob Sie das Amt annehmen.

**Frau Brinckmeier** (SPD): Ja, ich nehme die Wahl an!

**Präsident Wohlrabe:** Ich danke Ihnen und wünsche mir eine sehr gute Zusammenarbeit.

Wir setzen das Wahlverfahren – weitere Stellvertreter des Präsidenten – fort: Die Fraktion der SPD schlägt vor: Frau Abgeordnete Dr. Hilde Schramm! Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich frage, ob hier, wie in dem soeben abgewickelten Verfahren, eine geheime Wahl beantragt wird? – Dann gehen wir wieder so vor wie bei Frau Kollegin Brinckmeier und bei mir. Ich bitte, wie- (D) der wie üblich zu verfahren. Die Verwaltung möge bitte Entsprechendes veranlassen. Die Beisitzer nehmen bitte wieder wie zuvor – wer auf der rechten Seite war, auf der rechten, wer auf der linken Seite war, auf der linken Seite – ihre Aufgaben wahr. Ich eröffne den Wahlgang und bitte Frau Kollegin Kollotschek, die Namen vorzulesen.

[Aufruf der Namen und Abgabe der Stimmkarten]

Diese Stimmen sind alle abgegeben. Ich bitte dann die Kollegen, die bei der Abstimmung behilflich waren, abzustimmen. – Haben jetzt alle ihre Stimme abgegeben? – Ich höre keinen Widerspruch. Damit schließe ich den Wahlgang und bitte, bei der Auszählung so zu verfahren, wie ich es vorhin geschildert habe. Ich unterbreche die Sitzung für wenige Minuten.

Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich bitte Sie, Platz zu nehmen, und möchte das Ergebnis bekanntgeben.

| | |
|---|---|
| Abgegebene Stimmen | 131, |
| Ja-Stimmen | 73, |
| Nein-Stimmen | 55, |
| Stimmenthaltungen | 3. |

[Beifall bei der SPD und der AL]

Frau Abgeordnete Dr. Schramm hat über die erforderliche Mindestzahl von 70 Stimmen hinaus insgesamt 73 Stimmen erhalten. Ich beglückwünsche Sie, Frau Abgeordnete Dr. Schramm, sehr herzlich und darf Sie fragen, ob Sie das Amt annehmen.

[Frau Dr. Schramm (AL): Ja, ja, ich nehme nur noch die Blumen!]

– Gut, ich beglückwünsche Sie und wünsche mir eine gute Zusammenarbeit.

Nunmehr kommen wir zur W a h l d e r B e i s i t z e r. Es werden von der Fraktion der CDU vorgeschlagen die Abgeordneten Führer, Gierich und Vetter, von der Fraktion der SPD die Abgeordneten Beyer und Dürr sowie Frau Abgeordnete Helga

**Präsident Wohlrabe**

(A) Müller. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer die vorgeschlagenen Abgeordneten zu Beisitzern zu wählen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Soweit ich das erkennen kann, wurde einstimmig gewählt. Ich beglückwünsche die gewählten Mitglieder des Präsidiums und hoffe auf eine gute Zusammenarbeit.

Den Mitgliedern des bisher vorläufig amtierenden Präsidiums darf ich für die Mitarbeit danken – meine Damen und Herren, herzlichen Dank! – und bitte nunmehr die neugewählten Mitglieder, neben mir Platz zu nehmen. Frau Abgeordnete Müller und Herr Kollege Führer, bitte!

Ich rufe auf

## lfd. Nr. 5:

### Beschlußfassung über Tag und Stunde der Sitzungen des Abgeordnetenhauses

Gemäß einer interfraktionellen Übereinkunft schlage ich vor, die Plenarsitzungen grundsätzlich jeweils am 2. und 4. Donnerstag eines jeden Monats jeweils um 13.00 Uhr durchzuführen. Falls zusätzliche Arbeitssitzungen erforderlich sind, werden diese am 5. Donnerstag in Monaten mit fünf Donnerstagen durchgeführt werden. Sind dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer diesem Vorschlag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß für mich und wohl auch für alle von uns von hoher Wichtigkeit ist, daß gemäß § 56 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung

[Zuruf von der CDU: Abs. 4!]

– hier steht: „Absatz 3" – Plenarsitzungen nicht länger als sieben Stunden dauern sollen.

(B)

[Beifall bei allen Fraktionen]

Ich schaue in eine Richtung und habe die ganz, ganz große Bitte, daß wir dies schon bei den Vorbereitungen immer wieder in unserem Herzen tragen. Und nehmen Sie von mir bitte hin, daß ich Sie alle versuche, in diesem Punkt in die Pflicht zu nehmen.

Ich rufe auf

## lfd. Nr. 6:

### Einsetzung des Ältestenrats

Die Fraktionen sind übereingekommen, daß sich der Ältestenrat der 11. Wahlperiode aus dem Präsidenten, den beiden Stellvertretern und weiteren zwölf Mitgliedern im Verhältnis 5:5:1:1 zusammensetzen soll. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wer der Einsetzung des Ältestenrats in der Ihnen von mir genannten Zusammensetzung zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen. Damit wird so verfahren.

Ich bitte nunmehr, mir gemäß § 17 der Geschäftsordnung die Mitglieder des Ältestenrates möglichst bald schriftlich zu benennen, soweit die Namen noch nicht vorliegen.

Wir kommen nunmehr zu

## lfd. Nr. 7:

### Aktuelle Stunde

Gemäß einer interfraktionellen Vereinbarung soll das Thema der von der AL-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde lauten:

**Politischer Extremismus – Gefahr für die parlamentarische Demokratie?**

Ich möchte anregen, innerhalb der auf eine Stunde beschränkten Aussprache eine Redezeit bis zu 15 Minuten je Fraktion festzulegen. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann werden wir so verfahren. (C)

Das Wort hat zuerst die AL-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

**Frau Bischoff-Pflanz** (AL): Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesem Jahr, in dem das 200jährige Jubiläum der Französische Revolution mit ihren Forderungen nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gefeiert wird, zieht hier in Berlin **eine Partei in das Parlament** ein, **die** entgegen diesen demokratischen Grundforderungen eine **repressive Ausgrenzung ganzer gesellschaftlicher Gruppen propagiert**, eine Partei, die Fremdenfeindlichkeit schürt und die die hier lebenden **Immigrantinnen und Immigranten** lediglich auf die Ausübung von Arbeit beschränken will. Ich denke, das hatten wir schon einmal, das nannte sich **Fremdarbeiter.**

In diesem Jahr, in dem sich der Beginn des Zweiten Weltkrieges zum 50. Male jährt, den Deutschland der ganzen Welt aufgezwungen hat, zieht hier in Berlin eine Partei in das Parlament ein, die meint, daß die Welt wieder am „deutschen Wesen" genesen müsse.

In diesem Jahr, in dem sich der Tag zum 40. Male jährt, als die Mütter und Väter des Grundgesetzes schworen, daß es in Deutschland nie wieder Faschismus geben dürfe, zieht hier in Berlin eine Partei ins Parlament ein, deren **politische und geistige Wurzeln im deutschen Faschismus** liegen.

Ich erinnere an diese historischen Daten, weil in allen den Analysen und Reden nach den Wahlen am 29. Januar mir das Wichtigste zu kurz kam: die Erinnerung, die Vergegenwärtigung der Vergangenheit, d. h. die **Lehren aus der Geschichte.** Statt von der „Gnade der späten Geburt" zu reden, Verharmlosung neonazistischer Tendenzen in dieser Gesellschaft zu betreiben und den „Ausländer raus"-Parolen nachzugeben, ist es für mich eine politische Verpflichtung, anläßlich des Einzugs der REP-Partei ins Parlament dem Wort **„Erinnerung"** erneut einen aktiven politischen Stellenwert zu geben. (D)

„Erinnerung" kann – das hat der Wahlerfolg der REP-Partei bewiesen – nicht heißen, mit historischen Jubelfesten à la 750-Jahr-Feier über soziale Probleme, Massenarbeitslosigkeit usw. hinwegzutäuschen.

[Beifall bei der AL und der SPD –
Momper (SPD): Sehr richtig!]

„Erinnerung" muß vielmehr bedeuten, den Wählerinnen und noch deutlicher den Wählern der REP-Partei zu sagen: Ihr habt mit eurer Stimme für sie nicht den anderen Parteien einen **„Denkzettel"** verpaßt, sondern ihr habt eine Partei gewählt, die sich zwar manchmal biedermännisch gibt, aber Brandstiftung an der Demokratie in diesem Land betreibt.

[Beifall bei der AL und der SPD]

Die **Differenzierung zwischen Wählerinnen und Wählern der REP-Partei und der Partei selbst** ist richtig und wichtig. Sie darf aber nicht zur Verharmlosung benutzt werden. Wir müssen insbesondere den vielen jungen, männlichen Erstwählern, wie wir alle wissen, klarmachen und deutlich sagen: Ihr habt eine neonazistische Partei gewählt, die eure sozialen Probleme und Konflikte durch Appelle an deutsches Volkstum, nationale Stärke, Ruhe und Ordnung lösen will. Die **nationalsozialistische „Volksgemeinschaft"**, das ist das Gesellschaftsbild der Schönhuber, Pagel und anderer. Wir müssen ihnen sagen: Ihr habt eine Partei gewählt, die eure berechtigten **sozialen Ängste mißbraucht,** indem sie rassistisch gegen ImmigrantInnen Flüchtlinge und Minderheiten als angeblichen Feind zu lenken versucht. Wer das Programm, die Publikationen der REP-Partei genau liest und bei ihren Sprüchen genau hinhört, der weiß: Die **Hetze gegen Ausländer** ist nur die populistische Spitze im Denken dieser Männer. Die **Ausgrenzung von Minderheiten** geht bei der REP-Partei jedoch viel weiter. Allen, die das neonazistische „Volksempfinden" stören, wird eine repressive Ausgren-

**Frau Bischoff-Pflanz**

(A) zung angedroht. Ausgrenzung und Entrechtung von Minderheiten: Das war auch 1933 der Anfang auf dem Weg, der zum Holocaust führte. Wir müssen klarmachen, daß hier einer Partei die Stimme gegeben wurde, die eine **faschistische Ideologie** vertritt.

Ich möchte hier den Teil des Programms der REP-Partei zum Thema **Sexismus**, zur **Familie** und zur **Rolle der Frau** für sich sprechen lassen:

[Zuruf von der CDU: Und Ihre zur Gewalt!]

> Frau und Mann sind im Falle gleicher Bedingungen und Anforderungen trotz ihrer Wesensunterschiede von gleicher Tüchtigkeit im Leben und Beruf. Es ist jedoch insbesondere der Frau gegeben, durch Wärme und Hingabe ein Klima der Geborgenheit zu schaffen, in welchem Familie und Kinder gedeihen können. Hier liegt die besondere und von keinem Hausmann oder Kollektiv erfüllbare Berufung der Frau.

Das spricht für sich.

„Erinnerung" im Sinne einer Auseinandersetzung mit Neonazismus und Rassismus kann deshalb nicht so aussehen, wie wir es seit den Wahlen von Teilen der CDU/CSU in der Bundesrepublik und von Herrn Lummer hier in Berlin vorgeführt bekommen: Wer versucht, den vielzitierten **„Konsens der Demokraten"** angesichts der REP-Partei dadurch herzustellen, daß er diese einfach zu Demokraten erklärt und mit einer schwarz-braunen Koalition liebäugelt, der zeigt, daß er in Wirklichkeit seine politische Heimat bei diesen Rechtsextremisten hat.

[Beifall bei der AL und der SPD]

Wer meint, die Rechtsextremisten in der eigenen Partei verstecken zu können, indem er die ausländerfeindlichen, rassistischen Parolen aufgreift und in konkrete Politik umsetzt,

[Zuruf von den REP: Ist doch nicht wahr!]

(B) leistet der **Ausbreitung neonazistischer Tendenzen** in dieser Gesellschaft Vorschub. Sonntagsreden über Toleranz, Weltoffenheit und Mitmenschlichkeit auf der einen Seite und Diskriminierung von ImmigrantInnen, Flüchtlingen und Minderheiten haben den Wahlerfolg der REP-Partei auch ermöglicht.

Wer die REP-Partei mit Hinweis auf die NPD in den 60er Jahren zu einer „normalen Übergangserscheinung" erklärt, handelt sehr leichtfertig. Die REP-Partei ist nicht wie die NPD eine Alten-Partei, sondern sie ist eine Jungwählerpartei. Allein die heutige Zahl derjenigen Jugendlichen, die über keine ausreichende Berufsperspektive verfügen, ist weit höher als die Gesamtzahl der damals Arbeitslosen.

Wir wollen keine administrativen Maßnahmen. Was wir brauchen, ist die politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem wiedererstarkenden Neonazismus. Politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung bedeutet vor allem, die **Ursachen für soziale Ängste und Aggressionen zu beseitigen.**

[Zuruf]

In den letzten Jahren ist in dieser Stadt eine Politik des High-Tech, der Groß- und Schickeriaprojekte gemacht worden.

[Zuruf]

Der bisherige Berliner Senat verschloß im Rausch von Prestigeprojekten die Augaben vor sozialer Armut und sozialen Problemen und grenzte dadurch fast ein Drittel der Berliner Bevölkerung aus. Wenn wir darauf hingewiesen haben, wurden wir als Schwarzmaler angesehen. Diese Politik der Vernachlässigung hat auch den Boden für die Stimmengewinne der REP-Partei bereitet.

Gesellschaftspolitische Auseinandersetzung heißt deshalb vor allem, endlich eine soziale, ökologische Stadtpolitik mit Arbeitsmarkteffekt zu betreiben. Die gezielte Förderung der bisher Vernachlässigten und Benachteiligten, um ihnen **neue Berufs- und Lebensperspektiven** zu eröffnen, das ist einer der wichtigsten Beiträge, um diese neonazistischen Tendenzen zu bekämpfen. (C)

[Beifall bei der AL und der SPD]

Um den furchtbaren **„Ausländer raus"-Parolen** den Boden zu entziehen, ist vor allem wichtig, sofort die bisherige Abschreckungs-Ausländerpolitik grundlegend zu ändern. Nur wenn alle hier lebenden Menschen - unabhängig von ihrer Nationalität - mit gleichen Rechten ausgestattet sind, lassen sich Ängste nicht zur Hetze gegen Minderheiten mißbrauchen. Wir wollen Schritte zum **Ausbau der multikulturellen demokratischen Gesellschaft** machen, in der Bedingungen geschaffen werden, die es ermöglichen, ohne Angst verschieden sein zu können. Schritte zur multikulturellen, demokratischen Gesellschaft sind deshalb notwendig, um diese REP-Partei wieder aus diesem Parlament herauszubekommen. - Danke!

[Starker Beifall bei der AL und der SPD]

**Präsident Wohlrabe:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Andres.

[Die Abgn. der AL stellen sich an der Eingangsseite des Plenarsaales auf und zeigen je einen Buchstaben des Satzes: „Wehret den Anfängen!"]

**Andres** (REP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Berlinerinnen und Berliner! Bevor ich zu Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen spreche, möchte ich mich an die knapp 91 000 Berlinerinnen und Berliner wenden, - -

**Präsident Wohlrabe:** Herr Kollege Andres, bitte einen Augenblick!

Ich bitte sehr herzlich die Kollegen der Fraktion der AL, ihre Plätze wieder einzunehmen. - Darf ich Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen; ich möchte nicht die Sitzung unterbrechen!

[Dr. Köppl (AL): Wir stören nicht! - (D)
Franke (CDU): Faxenmacher können wir nicht gebrauchen!]

- Das, was Sie publizistisch bezwecken wollten, haben Sie nun erreicht, und ich darf Sie nun wirklich bitten, die Plätze einzunehmen. Tun Sie uns doch insgesamt den Gefallen! Ihre politische Grundhaltung ist bekannt, und ich glaube nicht, daß es für den Fortgang einer ordnungsgemäßen Versammlung förderlich ist, wenn Sie sich nicht hinsetzen. - Darf ich Sie herzlich bitten!

[Zurufe von der CDU]

Und vergessen Sie bitte auch nicht, daß jeder der hier spricht, vom Volk frei gewählt ist! - Ich bitte Sie sehr herzlich!

[Hapel (CDU): Das ist rotkarierter Faschismus, was Sie da machen! -
Zuruf von der AL: Sie haben doch keine Ahnung! - Weitere Zurufe]

- Vielleicht kann es Frau Vizepräsidentin, Kollegin Dr. Schramm mit ihrem Einfluß möglich machen, daß die Kollegen sich hinsetzen.

[Zurufe - Die Abgn. der AL verlassen den Plenarsaal]

- Die Aktion ist beendet; Herr Kollege Andres, Sie haben wieder das Wort.

**Andres** (REP): Ich beginne von vorn; ich glaube, wir können jetzt in Ruhe diese Sitzung weiterführen.

[Sprechchöre von der Zuhörertribüne: Nazis raus!]

**Präsident Wohlrabe:** Ich darf bitten, die Zwischenrufer hinten hinauszuschaffen.

[Auf der Zuhörertribüne wird die Internationale gesungen.]

- Ich bitte den Hausordnungsdienst, dazu beizutragen, daß wieder Ruhe auf der Zuhörertribüne einkehrt.

[Zuruf des Abg. Buwitt (CDU) - Zurufe von der CDU - Das Singen der Internationale dauert fort.]

**Präsident Wohlrabe**

(A) – Ich verweise die Sänger des Raumes.

[Zurufe]

Ich unterbreche die Sitzung für einen Moment, bis auf der Zuschauertribüne wieder Ruhe hergestellt ist.

[Landowsky (CDU): Das sind die Koalitionspartner! – Wronski (CDU), zur SPD gewandt: Los! Mitsingen!]

Die Sitzung ist unterbrochen. Ich bitte, dort hinten zügig die Ruhe wiederherzustellen, damit dem Abgeordneten Andres das Rederecht wieder zugewiesen werden kann.

[Preuss (CDU): Die Vorstellung einer Regierungsfraktion war das! – Zuruf von der CDU: Das ist die neue Kultur! – anhaltende Unruhe auf der Zuhörertribüne]

– Darf ich auch die Presse bitten, wieder Platz zu nehmen, damit das Abgeordnetenhaus von Berlin in ordnungsgemäßer Art seine parlamentarischen Beratungen fortsetzen kann.

[Dr. Wruck (CDU): Das ist die neue politische Kultur in der Stadt! – Frau Korthaase (SPD): Die Zwischenrufe sind sehr schlimm!]

– Darf ich bitten, auf der Zuhörertribüne und auch bei der Presse wieder Ruhe einkehren zu lassen.

[Dr. Wruck (CDU): Das ist die neue politische Kultur!]

Bitte hinsetzen! – Ich bitte Sie auf der Zuhörertribüne, sich hinzusetzen!

[Zurufe]

Die Sitzung ist wieder eröffnet. Der Herr Kollege Andres hat das Wort.

**Andres** (REP): Ich beginne von vorn: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Berlinerinnen und Berliner! Bevor ich zu Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, spreche, möchte ich mich an die knapp **91 000 Berlinerinnen und Berliner** wenden, (B) die weder dumme noch ungebildete Arbeiter sind, die weder Neonazis, Faschisten oder, wie es Heiner Geißler gesagt hat, „unanständige Deutsche" sind. Mein Dank von dieser Stelle gilt den 91000, die sich in geheimer Wahl für den Erhalt dieser Demokratie, von der einige in diesem Saal mehr oder weniger weit entfernt sind, entschieden haben.

Das **Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland** und die **Verfassung von Berlin** sind etwas Starres, das sich nicht biegen läßt. Man kann es nur **brechen.** Und das tun einige fortwährend. Die linksextremistische AL hat dies ehrlicherweise sogar in ihrem Programm verankert. Deshalb schlägt sie so gern nach dem mahnenden Zeigefinger, nämlich dem Verfassungsschutz. Wir elf Republikaner werden alles daran setzen, daß der Rechtsstaat nicht mit roten oder grünen Füßen getreten wird.

[Dr. Wruck (CDU): Aber auch nicht mit Volksverhetzung, bitte schön!]

Sie, Herr Momper, haben am 18. Januar bewiesen, daß Sie zu einer politischen Auseinandersetzung nicht fähig sind. Statt Ihre Jusos zu beruhigen, haben Sie zugesehen, wie Ihre Jugendorganisation gemeinsam mit den Autonomen mit Steinen und Gehwegplatten 95 Polizeibeamte verletzt haben. An diesem Tag war uns klar, wie ein rot-grünes Bündnis aussieht. **Straßenterror, Bedrohung ehrlicher Bürger** und der blanke **Haß gegen Andersdenkende sind der Ausdruck rot-grüner Politik.**

[Wagner, Horst (SPD): Haß gegen Nazis ist aber erlaubt!]

Diese politische Ausdrucksweise erinnert mich an eine Zeit, die wir schon glaubten, längst überwunden zu haben.

[Gelächter bei der SPD]

Nach den letzten acht Wochen drängt sich uns Republikanern der Verdacht auf: Wenn man Ihnen die roten und grünen Jacken auszieht, könnten sehr schnell die braunen Hemden zum Vorschein kommen.

[Gelächter bei der SPD – Zurufe von der SPD]

Diesen Eindruck hat der Vorsitzende der Sozialdemokraten in der Polizei, Polizeirat Kramer, noch verstärkt, der tatsächlich versucht hat, mit Gesinnungsschnüffelei das für alle freien Völker (C) heilige Wahlgeheimnis offenzulegen. Als Polizeibeamter schäme ich mich,

[Wagner, Horst (SPD): Ich schäme mich, daß Sie Beamter sind!]

daß dieser Mann immer noch die Uniform der Kollegen trägt, die sich den wüstesten Beschimpfungen und Angriffen aussetzen, weil sie diese Demokratie verteidigen.

Wir **Republikaner bekennen uns** offen und nachdrücklich zum **Gewaltverzicht** und zur **Bündnistreue.** Wir wenden uns **gegen** eine **Verherrlichung des NS-Unrechtsstaats, gegen Rassismus** und **gegen Antisemitismus.** Wer Antisemit ist, hat bei den Republikanern nichts verloren! Wir haben aus der größten Katastrophe unserer Geschichte die Lehre gezogen und mit ihr abgeschlossen. Worte wie Heimat und Vaterland erzeugen deshalb bei uns keine Schluckbeschwerden mehr.

An Sie, Herr Diepgen, möchte ich folgende Fragen richten: Wieso beteiligen Sie sich und mit Ihnen Teile der CDU an der **Hetz- und Diffamierungskampagne gegen die Republikaner?** Sind Sie ernstlich der Meinung, irgendwann wieder die absolute Mehrheit zu erringen?

[Dr. Wruck (CDU): „Spiel mir das Lied vom Tod"! Das ist die neue Form!]

Sie werden sich mit uns unterhalten müssen, denn Berlin braucht die konservative Politik der Republikaner.

[Dr. Wruck (CDU): Aber nicht mit „Spiel mir das Lied vom Tod"!]

Sehen Sie endlich ein, daß Sie einer politischen Leiche, wie es die FDP nun einmal ist, die Hand gereicht haben. Je schneller Sie diese Hand loslassen, je schneller erkennen Sie die politische Zukunft der Stadt. Heinrich Lummer hat vor einem Jahr bereits gesagt, die Wende sei Ihnen kaputtliberalisiert worden.

Herr Diepgen, Ihre Ausländerbeauftragte, Frau Barbara John, (D) war mit ihrer Forderung nach einem **Ausländerwahlrecht** der letzte Nagel zum Sarg der Wende.

[Dr. Wruck (CDU): Das ist doch falsch, was Sie sagen! Das ist unwahr!]

Wir Republikaner sind gegen ein Wahlrecht für Ausländer. Wir setzen uns vielmehr ein für ein **freies Wahlrecht unserer Landsleute jenseits von Mauer und Stacheldraht.** Erst wenn alle Berliner ein Stadtparlament in freien, geheimen und gleichen Wahlen mit Sitz im Roten Rathaus gewählt haben, werden wir Ruhe geben. Wir Republikaner werden uns bis dahin mit aller Energie für die Belange unserer Stadt, zum Wohle Berlins einsetzen.

Mit meinen Worten aus dem Wahlkampf möchte ich schließen: Berlin gehört den Berlinern!

[Beifall bei den REP – Wagner, Horst (SPD): Aber nicht den Nazis!]

**Präsident Wohlrabe:** Herr Kollege Andres, ich habe eine Bitte an Sie. Ich habe nicht ganz unbewußt in meiner Eingangsrede das Wort von der politischen Kultur auch in der Rede genannt. Ich würde doch bitten, in der Wortwahl wirklich moderat Ihre Argumente vorzutragen. Ich glaube, es trägt zur Gesamtsituation im Haus ganz erheblich bei. Das ist mein ganz persönlicher Wunsch an Sie und an Ihre Fraktion.

Das Wort hat der Kollege Momper.

**Momper** (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Daß sich die CDU jetzt nicht gemeldet hat, finde ich schon ein wenig seltsam.

Bei der Wahl am 29. Januar hat das von der **rechtsradikalen Partei der Republikaner** erzielte Ergebnis uns erschreckt und betroffen gemacht. Dieses Ergebnis hat die politische Land-

(A) schaft in der Bundesrepublik Deutschland und bei uns in Berlin verändert. Im Ausland ist man besorgt über die politische Entwicklung in unserem Land. Niemand hatte mit einer solchen Entwicklung gerechnet, weil wir Politiker, weil die Meinungsforscher und auch die Journalisten offenbar nicht erkannt haben, was in Teilen der Bevölkerung wirklich los war, was die Menschen in der Stadt bewegt hat. Das Anwachsen der Republikaner ist also zu allererst auch ein Anlaß zur Selbstkritik für uns alle, die wir mehr oder weniger hauptberuflich Politik betreiben.

Mit den Republikanern ist eine Partei in das Parlament eingezogen, deren führende Mitglieder vielfache **Verbindung zu rechtsextremistischen Gruppen** haben. Das Programm der Republikaner ist ein Sammelsurium aus scheinbar populären Forderungen und massiver Ausländerhetze. Nichts kennzeichnet diese Partei mehr als ihr **furchtbarer Wahlspot,** der uns alle geschockt hat, der Wahlspot, in dem türkische Kinder gezeigt wurden und dazu die Melodie aus dem Film „Spiel mir das Lied vom Tod" unterlegt wurde. Die Republikaner haben damit in einer Wahlwerbung an die Angst der Menschen vor dem Fremden appelliert. Sie haben an **Fremdenhaß** appelliert, sie haben Feindschaft und Aggression gegen Menschen geschürt, die sich dagegen nicht wehren können und nichts dafür können, daß sie in unser Land gekommen sind.

[Beifall bei der SPD, der CDU und der AL – Gelächter bei den REP]

Es wäre aber falsch, die Wähler dieser Partei mit ihren rechtsextremistischen Führungspersonen und Mitgliedern gleichzusetzen. Die **Wähler der Republikaner** sind **nicht rechtsextrem**, sondern sie haben **Sorgen um ihre Zukunft**. Es gab in Berlin und im Bundesgebiet immer einen Bodensatz von Ewiggestrigen, die haben auch Republikaner gewählt. Doch dieser Bodensatz war nicht ausschlaggebend für das hohe Wahlergebnis der Republikaner. Vielmehr haben die Republikaner Stimmen aus dem Wählerpotential der CDU gewonnen und auch Wähler, die
(B) sonst SPD gewählt hätten. Ein Grund für dieses Wahlergebnis ist die **Verdrossenheit vieler Menschen** mit den politischen Parteien in unserem Land. Und die politischen Parteien haben dafür in den hinter uns liegenden Jahren genügend Anlaß gegeben. Die **Skandale** von der Antes-Affäre, von der Flick-Affäre bis hin zu Kiel haben dem Wähler den Eindruck vermittelt, als ginge es den Parteipolitikern nur um den eigenen Vorteil und nicht darum, der Gemeinschaft zu dienen. So ist die Wahl der Republikaner auch eine Reaktion der einfachen Menschen, denen es nicht so gut geht, die eine ausreichende Wohnung nicht haben, die keinen Arbeitsplatz haben, auf die Großkotzigkeit von Politik, auf die glanzvollen Feste und Empfänge, die wir in den hinter uns liegenden Jahren in dieser Stadt zur Genüge erlebt haben, und auch ein Protest gegen die Hochglanzbilder von Metropole und Zukunft, die mit der Lebensrealität dieser Menschen überhaupt nichts gemein haben.

[Hapel (CDU): Das ist ja nun vorbei!]

– Das ist Gott sei Dank vorbei, Herr Hapel, ja!

Die Republikaner haben zum Beispiel in der Gropiusstadt ein sehr hohes Wahlergebnis erzielt. Schauen Sie sich einmal an, wie es dort aussieht und wie sich das Leben dort für die Menschen gestaltet.

[Dr. Wruck (CDU): Sozialdemokratische Stadtplanung war das!]

– Weil es sozialdemokratische Stadtplanung war, wird es auch nicht besser. Aber die City-Politik, der Glanz in der City, das Geld, das dort ausgegeben worden ist, das konnte in der Gropiusstadt nicht noch ein zweites Mal ausgegeben werden. Und da liegt Ihre Schuld! –

[Starker Beifall bei der SPD und der AL]

Viele Familien leben dort in zu kleinen Wohnungen und sind seit Jahren auf Wohnungssuche, ohne eine größere Wohnung zu bekommen. Gerade die Jugendlichen und die jungen Männer sind arbeitslos und ohne Perspektive.

[Unruhe bei der CDU]

Es gibt in der Gropiusstadt kaum ein Kulturangebot, kein Theater, kein Kino und Zerstreuung für junge Menschen vorwiegend in Spielhallen und Kneipen. Viele Jugendliche verbringen ihre Tage zwischen Langeweile und Aggression. (C)

In der Gropiusstadt, überall in Berlin, wo Menschen mit geringem Einkommen leben, ist die **Stimmung in den letzten Jahren umgeschlagen.** Diese Menschen befinden sich in einer objektiven Konkurrenz miteinander um jede neue Wohnung. Sie konkurrieren miteinander um jeden neuen Arbeitsplatz. Immer wieder werden sie abgewiesen, immer wieder erleben sie Niederlagen bei der Suche nach Wohnungen und Arbeitsplätzen. Und bei dieser Suche nach Wohnungen und Arbeitsplätzen konkurrieren sie auch mit den Ausländern und mit den Aussiedlern.

Man darf sich nicht wundern, wenn wegen des Mangels an Wohnungen und an Arbeitsplätzen Abneigung und Haß gegen die entstehen, mit denen man meint zu konkurrieren. Man darf sich nicht wundern, daß Berlinerinnen und Berliner, die ohne Arbeit und ausreichende Wohnung sind, die schwächeren Mitbewerber beiseite drücken. Und diese Schwächsten unter den Schwachen, das sind in der Tat die **Ausländer** und die **Aussiedler.** So glaubt man, den **Sündenbock** gefunden zu haben. Und mit den Republikanern ist jetzt eine Partei aufgetaucht, die genau diese Sündenbocktheorie zu ihrem politischen Programm erhoben hat und in dem bekannten Wahlspot zum Ausdruck gebracht hat.

Wer auf Wohnungssuche ist, dem wird oft bei den Wohnungsbaugesellschaften gesagt, daß es keine Wohnungen gebe, weil die Aussiedler vorgezogen werden. Das ist falsch! Richtig ist, daß es einfach zu wenig preiswerte Wohnungen in Berlin gibt, weil zuwenige gebaut worden sind. Darin liegt das Versagen Ihrer Politik in den hinter uns liegenden Jahren.

[Beifall bei der SPD und der AL – Unruhe bei der CDU – Buwitt (CDU): Erinnern Sie sich mal an die Verhältnisse von 1981!]

Nicht die ausgegrenzte Minderheit der Ausländer und Aussiedler (D) ist **Schuld an der Misere**, Schuld ist die Politik der hinter uns liegenden Jahre. Schuld ist der Rückgang der Neubauzahlen im sozialen Wohnungsbau. Schuld ist die Aufhebung der Mietpreisbindung, schuldig an der Arbeitslosigkeit sind nicht die Ausländer, sondern eine Politik, die die Arbeitslosigkeit seit Jahren fast untätig hingenommen hat.

[Beifall bei der SPD und der AL – Buwitt (CDU): 50 000 neue Arbeitsplätze! Sie reden über Bremen!]

Ich sage: Jede Wohnung, die wir schaffen, bringt eine Stimme gegen die Republikaner. Jeder Arbeitsplatz, der geschaffen wird, entzieht den Rattenfängern von den Republikanern den Nährboden für ihre Politik.

[Beifall bei der SPD und der AL]

Die Politik in diesem Land muß aufhören, die **Ausländer** auszugrenzen und zu diskriminieren. Die jahrelang auch aus dem konservativen Lager negativ geführte Diskussion über die Ausländer, das dauernde Reden von der angeblichen Kriminalität, über die Asylantenschwemme und dergleichen mehr hat die jetzt zutage getretene Haltung begünstigt.

[Beifall bei der SPD und der AL – Dr. Wruck (CDU): Was macht denn Lafontaine mit den Aussiedlern?]

Wir wollen nicht weiter ausgrenzen, wir wollen mehr Normalität im Zusammenleben der Menschen unterschiedlicher Herkunft erreichen.

Dort, wo in Kreuzberg viele Ausländer wohnen, gibt es diese Probleme nicht. Da empfindet man es als positiv, daß Menschen aus unterschiedlichen kulturellen Bereichen miteinander leben. Wir sind doch nicht mehr im Mittelalter, wir leben in einer modernen Weltstadt. Je mehr die Länder und die Städte zueinander rücken, je mehr Europa zueinander rückt, um so geringer werden die Unterschiede zwischen den verschiedenen Nationen und den kulturellen Herkünften. Deshalb ist die richtige Antwort auf die Herausforderung der Republikaner, den länger bei uns

**Momper**

A) lebenden **Ausländern endlich das kommunale Wahlrecht** zuzugestehen.

[Beifall bei der SPD und der AL - Starke Unruhe bei der CDU und der REP]

Es ist für mich nicht einsehbar, daß Menschen, die auf Dauer in unserer Mitte leben, die Steuern zahlen und Sozialversicherung wie jeder andere Bürger auch, kein Mitspracherecht haben sollen über ihr unmittelbares Wohnumfeld, über die kommunalen Angelegenheiten. Das ist doch die einfache Lehre der amerikanischen Revolution gewesen: Wer Steuern zahlt, der muß auch eine Stimme haben, wenigstens in den kommunalen Angelegenheiten.

[Beifall bei der SPD und der AL]

Die politische Frage, die sich heute in Berlin - aber möglicherweise auch bald im Bundesgebiet - stellt, ist die Frage, ob es verantwortliche Teile der deutschen Politik gibt, die die Sündenbocktheorie der Republikaner mitmachen werden. Ob die Politiker die Anstrengung zur Bewältigung der sozialen Probleme aufgeben und statt dessen zusammen mit Republikanern auf eine Scheinlösung der Probleme einschwenken werden, das ist die Frage, die sich heute unmittelbar für die CDU und für die CSU in unserem Lande stellt.

[Beifall bei der SPD und AL - Preuss (CDU): Heute stellt sich eine ganz andere Frage, nämlich ob Sie Kommunisten in die Regierung nehmen! - Weitere Zurufe von der CDU]

Die **Berliner CDU** wollte eine moderne Großstadtpartei sein; eine Partei, die eine Politik der Toleranz betreiben wollte. Sie hat, hier in diesem Hause und auch draußen formuliert durch Senatoren wie Herrn Fink und Herrn Hassemer und Frau John, den Anspruch erhoben, eine soziale Politik zu betreiben und eine tolerante; sie wollte die Mitte besetzen. Wenn die moderne Großstadtpartei nicht nur Fassade gewesen sein soll, wenn der soziale und tolerante Anstrich der CDU nicht nur Tünche gewe-
B) sen sein soll, dann, Herr Fink, dann, Herr Diepgen, dürfen Sie die Politik der Ausgrenzung der Ausländer nicht mitmachen!

[Beifall bei der SPD und der AL]

Wenn Ihre Partei bundesweit und auch hier - mit Herrn Lummer an der Spitze - nach rechts umschwenkt, wenn Ihre Partei bei der These mitmacht, die Ausländer seien an allem schuld, dann wäre das das Aus für die Politiker, die die CDU bisher repräsentiert haben.

[Buwitt (CDU): Lafontaine will doch die Aussiedler nicht hier haben! - Dr. Wruck (CDU): „Aussiedler raus!", das ist die These von Lafontaine! - Weitere Zurufe von der CDU]

Dann ist kaputt, was Frau John, was Herr Hassemer, was Herr Fink bisher entwickelt haben. Dann wäre die soziale Phase der CDU hier und heute beendet.

[Beifall bei der SPD und der AL]

Herr Lummer - Ihr stellvertretender Landesvorsitzender - hat diese Kampfansage an eine soziale und tolerante Politik der CDU schon längst formuliert.

[Preuss (CDU): Lafontaine ist Ihr stellvertretender Bundesvorsitzender! - Weitere Zuruf von der CDU]

Er hat die Republikaner als prinzipiell koalitionsfähig bezeichnet. Er ist schon dabei, die Republikaner salonfähig zu machen. Er ist schon auf dem Weg in die **schwarz-braune Zukunft der CDU.**

[Starker Beifall bei der SPD und der AL - Protestrufe von der CDU - Buwitt (CDU): Sie wollen Kommunisten in die Regierung bringen!]

Sie von der CDU hier in Berlin, Sie weichen nach dem Desaster dieses Wahlergebnisses für Sie aus auf das Schreckensgemälde eines rot-grünen Gespenstes, das es überhaupt nicht gibt.

[Anhaltende Zurufe von der CDU - Frau Holzhüter (SPD): Wer schreit, hat unrecht! - Gelächter und Beifall bei der SPD und der AL]

Auf eine Analyse der Ursachen Ihrer Wahlniederlage können Sie (C)
sich nicht einigen. Bei Ihnen reicht es nur noch zu einem gemeinsamen **rot-grünen Feindbild.** Die von Ihnen betriebene **Gleichsetzung der Republikaner mit der Alternativen Liste** ist eine schlimme Demagogie, die das politische Klima vergiftet.

[Buwitt (CDU): Sie hat die Gewaltfrage offengelassen! Darüber reden Sie nicht! - Weitere Zurufe von der CDU]

Es gibt keine Ausländerfeindlichkeit bei der AL und keine Menschenverachtung.

[Anhaltende Zurufe von der CDU]

Die AL hat viele Fragen in der Politik aufgeworfen, die zum Nachdenken angeregt haben

[Zurufe von der CDU: Gewaltfrage!]

bis weit in Ihre Partei hinein. Ich erinnere mich noch immer lebhaft, wie Herr Landowsky von dieser Stelle aus das Sträußchen rübergereicht und gesagt hat, wie wichtig die Frage der **Ökologie,** der **sozialen Gerechtigkeit** und all dieses wäre. Die Ökologie ist heute eine der wichtigsten Zukunftsfragen unserer Gesellschaft. Nein, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, Diskriminierung von Minderheiten und Ausgrenzungen,

[Andres (REP): Sie grenzen doch die Republikaner aus!]

die lassen sich überhaupt nicht vergleichen mit Ökologie, mit Emanzipation, mit Basisdemokratie und mit der Selbstbestimmung bei der Alternativen Liste. Unabhängig davon, wie man die Lösungsvorschläge der AL zu solchen Fragen beantwortet, sind die Ziele doch wohl in einer Demokratie in Ordnung und zu begrüßen und nicht, wie Sie das machen, zu denunzieren!

[Starker Beifall bei der SPD und der AL - Buwitt (CDU): Gewalt ist doch nicht in Ordnung! - Weitere Zurufe von der CDU]

**Präsident Wohlrabe:** Herr Kollege Momper! (D)

**Momper** (SPD): Ich komme gleich zum Ende, Herr Präsidente! - Ich warne Sie vor der gesellschaftlichen Polarisierung, die Sie eingeleitet haben.

[Zurufe von der CDU: S i e machen das doch! Lügner!]

Äußerungen wie die von Ihnen, Herr Landowsky, die sind eine schlimme Polarisierung. Wenn aus Ihren Reihen das **Widerstandsrecht** postuliert und vom Landesvorsitzenden nicht darauf hingewiesen wird, daß es das nicht gibt, dann wird damit ein Beitrag dazu geleistet, daß der **rechte Rand** in diesem Lande **noch stärker** wird. Ich erinnere Sie an die Bedeutung und die Verantwortung, die die großen Volksparteien gerade angesichts der Geschichte Berlins haben,

[Zurufe von der CDU: Werden S i e sich endlich Ihrer Verantwortung bewußt!]

angesichts von Ferdinand Friedensburg, Ernst Lemmer, Ernst Reuter und Louise Schroeder! Diese Verantwortung für die Demokratie, die nur aus einer starken Mitte kommen kann, der müssen Sie gerecht werden!

**Präsident Wohlrabe:** Verehrter Herr Kollege Momper, ich bitte, auf die Zeit zu schauen!

**Momper** (SPD): An diese gemeinsame Verantwortung erinnere ich Sie!

[Zurufe von der CDU]

Sie werden es schon ertragen müssen, daß man Ihnen einiges von dem sagt, was Sie sich in den vor uns liegenden Monaten noch weiter werden anhören müssen!

[Sehr starker und anhaltender Beifall bei der SPD und der AL - Anhaltende Zurufe von der CDU]

(A) **Präsident Wohlrabe:** Für die CDU-Fraktion hat nun der Abgeordnete Eberhard Diepgen das Wort.

**Diepgen** (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

[Starker Beifall bei der CDU]

Das Thema dieser Aktuellen Stunde ist: „Politischer Extremismus – Gefahr für die parlamentarische Demokratie?" – Ich hätte mir – Herr Vorredner! – ein wenig mehr Nachdenklichkeit in Ihrem Beitrag dazu gewünscht.

[Beifall bei der CDU und den REP]

Ich hätte mir gewünscht, daß bei der Auseinandersetzung mit diesem Thema doch stärker im Vordergrund stehen würde – auch bei Ihnen! – die Notwendigkeit des Zusammenrückens von Demokraten.

[Wagner, Horst (SPD): Das sagen Sie mal Ihren Schreiern! – Weitere Zurufe von der SPD]

Ich hätte mir gewünscht, daß Sie diesen Diskussionsbeitrag nicht mißbraucht hätten für den Versuch einer ohnehin demnächst gescheiterten **Legendenbildung über die Arbeit dieses Senats in den vergangenen acht Jahren.** Ich will Ihnen sehr deutlich sagen: Die Diskussion über Ihre Regierungserklärung werden wir demnächst führen und auch über Ihre **Reduzierung des Wohnungsbauprogramms,** das dieser Senat sich vorgenommen hatte! Wir hatten nämlich vor, 30 000 Wohnungen zu bauen – Sie wollen weniger bauen!

[Beifall bei der CDU –
Dr. Meisner (SPD): Was Sie vorhatten!]

Sie wollen **Arbeitsplätze** schaffen,

[Wagner, Horst (SPD): Was Sie unterlassen haben! – Weitere Zurufe von der SPD und der AL]

(B) aber Sie reduzieren die Ausgangspositionen für die Wirtschaft! Wenn Sie auch nur im Ansatz das an Arbeitsplätzen in den nächsten Jahren schaffen könnten, wenn Sie denn eine Mehrheit zusammenkriegen, was in den letzten vier Jahren in Berlin geleistet worden ist, dann wären Sie erfolgreich! Aber die Ausgangspositionen für Sie sind wahrlich nicht so vor dem Hintergrund dessen, was wir im Augenblick im Zusammenhang mit Ihrem künftigen Koalitionspartner leider erleben mußten. Es war ein schlechtes Beispiel für den Beginn einer parlamentarischen Arbeit in einer neuen Legislaturperiode, was wir hier leider erleben mußten!

[Beifall bei der CDU und den REP]

Ich jedenfalls will sehr deutlich und vor aller Berliner Öffentlichkeit sagen: Ich bin betroffen von dem, was ich hier heute erlebt habe. Ich bin besorgt über die **Entwicklung des Parlamentarismus,** und zwar von dieser wie von anderer Richtung.

[Starker und anhaltender Beifall bei der CDU]

Ein Ergebnis der Wahlen vom 29. Januar ist – unabhängig von den aktuellen Fragen der Senatsbildung –, daß CDU und SPD zusammen nur noch 75 % der Wählerstimmen erhalten haben. Noch nie seit 1946 gaben rund 20 % der Wahlberechtigten in Berlin ihre Stimme überhaupt nicht ab. Das ist eine Besonderheit für die Entwicklung in Berlin. Und noch nie seit 1946 gaben **20 % der Wählerinnen und Wähler ihre Stimme politischen Parteien am rechten und linken Rand des politischen Spektrums.** Dennoch, gerade aus Verantwortung für Berlin müssen wir feststellen: Der Anteil von Links- und Rechtsextremisten in Berlin beträgt eben nicht etwa 20 %. Die Wählerinnen und Wähler in Berlin sind mit Sicherheit nicht zu 20 % Radikalinskis, Ausländerfeinde oder Anti-Parlamentarier, sondern haben ihre Entscheidung aus anderen Gründen getroffen. Unsere Diskussion – und auch diese Debatte – darf jetzt nicht dazu führen, Wähler erst dort heimisch zu machen, wo sie im Grunde überhaupt nicht hingehören.

[Beifall bei der CDU]

Ich möchte daher an alle appellieren, auch in Zukunft ihren Beitrag dazu zu leisten, daß das **Ansehen Berlins** in der Welt gewahrt wird, daß es gemehrt wird und daß falsche Beschreibungen dieser Stadt und der politischen Entwicklungen in ihr auch im Ausland nicht eintreten, sondern daß dem entschieden entgegengetreten wird. Diese Stadt braucht internationale Solidarität! Deswegen seien Sie bitte vorsichtig mit Interpretationen von – erstens – Wählerverhalten und – zweitens – einzelnen politischen Gruppierungen, die hier im Parlament vertreten sind. Sachlich müssen wir miteinander umgehen und nicht in Feindbildern, wie das hier heute geschehen ist. (C)

[Beifall bei der CDU]

Wenn man nach den **Ursachen für das Entstehen der politischen Ränder** bei dieser Wahl fragt, dann darf man mit den Antworten sicherlich nicht bei der Gesundheitsreform, bei dem Ausländer-, dem Aussiedlerthema oder der Arbeitslosigkeit stehenbleiben. Ich bin fest davon überzeugt, damit würden wir zu kurz greifen. Ich möchte deshalb fünf Punkte nennen, von denen ich glaube, daß sie einen Beitrag leisten, wenn es darum geht, Ursachen zu suchen und zu finden, und die auch Anlaß sind für die notwendige Auseinandersetzung mit politischem Extremismus.

1. Die zunehmende Erschütterung von früher selbstverständlichen Lebensgewißheiten, Symptome einer Angstgesellschaft in unserer pluralistischen, arbeitsteiligen und komplizierten Welt haben eine Verführbarkeit zu einfachen Antworten verstärkt. Mit Worten und radikalen Forderungen läßt sich unser **Leben scheinbar vereinfachen,** aber eben nur scheinbar. Die Republikaner und die Alternative Liste sind – jeder auf seine Weise – solche Vereinfacher. Verführerische Parolen führen aber in unserer Welt eben nicht zu einfachen Lösungen. Sie bewirken eher noch mehr Frustrationen bei denen, die gutgläubig den Parolen geglaubt haben. Sicher fehlt es den Politikern oft an einer klaren, verständlichen Sprache. Aber die Lösung kann nicht der Rückfall in ein undifferenziertes Freund-Feind-Denken sein.

[Beifall bei der CDU] (D)

2. Eine weitere Ursache sehe ich in der Entgrenzung des **Gewaltbegriffs,** in der **Verharmlosung von Gewalt.** Die Geschichte des Rechtsstaates ist die Geschichte der Bändigung von Gewalt. Wer Gewalt verharmlost, trifft in Wirklichkeit den Rechtsstaat selbst.

3. Es gab in der deutschen Geschichte genügend Perioden, in denen der Staat und ein Amt unangemessen verherrlicht wurden. Eine Ursache für die Stärkung der politischen Ränder heute liegt wahrscheinlich umgekehrt darin, daß es populär, jedenfalls nicht unpopulär zu sein scheint, den **Staat, Inhaber staatlicher Ämter und demokratische Repräsentanten verächtlich machen** zu können und verächtlich zu machen. Es ist immer ein Zeichen radikalen Denkens gewesen, Personen, Gruppen oder Institutionen, insbesondere dann, wenn sie für Stabilität und Berechenbarkeit stehen, persönlich zu verunglimpfen. Ich rede hier keiner falschen Autoritätsgläubigkeit das Wort, wahrlich nicht. Aber wenn wichtige staatliche oder gesellschaftliche Autoritäten und Gruppen wie eine Regierung, die Polizei, das Parlament, demokratische Parteien, eine Gruppe von Ausländern oder auch – gerade hier in Berlin – die Jüdische Gemeinde frontal oder hinten herum verleumdet werden, dann setzt das auch eine wichtige Ursache für den Verlust von Wählerstimmen für die besonnene demokratische Mitte.

4. Zu den Ursachen des Berliner Wahlergebnisses mit seiner Stärkung der politischen Ränder hat auch eine **schwindende Gemeinwohlorientierung der Bürger** zugunsten eines Selbstverwirklichungsmythos geführt. Selbstverwirklichung ist wichtig. Aber sie kann nur aufgehen, wenn die einzelne Person oder eine einzelne Gruppe die Bedürfnisse und Bedürftigkeiten der Allgemeinheit zumindest mitbedenkt. Die Verwirklichung des Ichs gibt es aber nicht ohne ein Wir.

[Beifall bei der CDU]

Eine betroffene Minderheit, die sich an die Stelle der vielleicht nur allgemeiner betroffenen Mehrheit setzt und drohend oder verführend behauptet, nur sie habe das Gewissen, die Gerech-

(A) tigkeit oder das höhere Recht auf ihrer Seite, gefährdet jeden Prozeß einer politisch gebündelten Willensbildung. Sie vereinzelt unsachgemäß die Probleme, sie polarisiert die Gesellschaft und sie verhindert damit die Lösung von Problemen.

5. Es gibt eine verbreitete **Politik- und** insbesondere **Parteienverdrossenheit,** die natürlich immer insbesondere zu Lasten der Regierungsparteien geht. Das werden alle erleben, die in Regierungsverantwortung stehen. Dazu gibt es in der deutschen Geschichte eine lange Traditionslinie mit schlimmen Folgen. Diese Verdrossenheit hat ihrerseits auch wieder tiefer liegende Gründe als das, was zum Beispiel in Schleswig-Holstein geschah oder sich mit den Namen „Neue Heimat" und „Co op" verbindet.

[Zurufe von der SPD: Und Antes!]

– Wenn Sie die Namen nennen wollen, rechne ich sie ausdrücklich mit hinein, aber machen Sie doch bitte nicht bei jedem Punkt gleich den Versuch einer politischen Polarisierung, sondern versuchen Sie doch mal, sich einem Problem zu nähern, insbesondere zu Beginn einer neuen parlamentarischen Periode und bei der Auseinandersetzung mit schwierigen gesellschaftlichen Problemen, wie etwa der **Entwicklung eines Extremismus in dieser Stadt.**

[Beifall bei der CDU]

Bei einer solchen Entwicklung schwindet die Bereitschaft, öffentliche und politische Verantwortung zu übernehmen. Vornehm abseits zu stehen und zu meckern ist offensichtlich in einzelnen Gruppierungen und Kreisen höher bewertet, als in der Politik mitzugestalten. Wir sind abei, eine Kultur des Verhinderns zu entwickeln, wo zu leicht etwas Gutes abgeblockt, zu schwer etwas Notwendiges durchgesetzt werden kann.

**Parteiverdrossenheit** hat aber auch etwas zu tun mit dem Umgang der Volksparteien untereinander, auch dem, war wir hier gerade erlebt haben. Wenn Demokraten andere Demokraten einfach so als „Beutepolitiker" oder „großkotzig" beschimpfen, (B) und das noch unter der Überschrift, dies sei ein neuer politscher Stil, eine neue politische Kultur, dann ist das ein Beitrag nicht zur Stärkung der eigenen Position, sondern zur Schwächung der Volksparteien insgesamt.

[Beifall bei der CDU]

Die Suche nach scheinbar einfachen Antworten, die Verharmlosung von Gewalt, die Verächtlichmachung von gesellschaftlichen Institutionen, eine schwindende Gemeinwohlorientierung und Parteiverdrossenheit, diese Ursachen erklären nicht einzeln, aber doch zusammengenommen das Stärkerwerden von politischen Rändern. Hier sind konkrete Fragen gestellt worden, auch hinsichtlich der politischen Ränder. Die CDU hat mit den Republikanern und der Alternativen Liste wenig oder nichts gemeinsam. Wer ehemaligen Mitgliedern trotzkistischer, kommunistischer Gruppen oder NPD-Mitgliedern führende Positionen gibt, ohne daß eine klare und glaubwürdige Distanzierung von früheren Positionen dabei erkennbar wäre, ist für uns nicht akzeptabel.

[Beifall bei der CDU – Frau Künast (AL): Der Herr Köppl war lediglich in der katholischen Jugend!]

Es gibt selbstverständlich das Recht auf Irrtum.

[Abg. Momper (SPD): Danke schön, Herr Diepgen!]

aber das muß klar gesagt werden. Es gibt wahrlich in der Berliner Geschichte Persönlichkeiten, die wir zu Recht verehren, die beispielsweise ihre kommunistische Vergangenheit ausdrücklich als Irrweg bezeichnet haben.

Die Wählerinnen und Wähler der Republikaner und der Alternativen Liste als rechts- oder linksextrem hinzustellen, ist absurd und dient vor allen Dingen nur diesen Parteien. Aber, die Schlußfolgerung ist: Abstand von den Parteien – nicht von den Bürgern, die diese Parteien gewählt haben! **Die Republikaner** haben – danach bin ich auch gefragt worden – sicher manches **vom Programm der CDU abgeschrieben;** beispielsweise die strikte Ablehnung des **Asylmißbrauchs** oder auch die Forderung, daß die **Zahl der Ausländer** in Berlin nicht zu groß werden darf. Aber weggelassen beim Abschreiben wurde beispielsweise das **klare Bekenntnis meiner Partei zum Asylrecht** für die wirklich politisch Verfolgten und zur Eingliederung der hier lebenden Ausländer. Das ist ein ganz entscheidender Unterschied, und zwar der entscheidende Unterschied zum christlichen Menschenbild. (C)

[Beifall bei der CDU]

Vor allem darf man in Berlin bitte nicht auf dem antijüdischen „Klavier" spielen oder das schwierige Ausländerthema – Herr Momper hat darauf schon hingewiesen – mit dem „Lied vom Tod" verbinden. Das ist jedenfalls berlinunwürdig und menschenverachtend. Ich kann nur hoffen, daß möglichst schnell wegen der Verwendung dieses Liedes gegenüber den Menschen eine Entschuldigung erfolgt.

Der Einzug der Republikaner in das Abgeordnetenhaus hat auch deutlich gemacht, daß **in der Vergangenheit die Auseinandersetzung mit der Alternativen Liste vernachlässigt** oder falsch geführt worden ist. Ich will jetzt die Forderung der Alternativen Liste nach Entwaffnung der Polizei oder nach Öffnung der Gefängnisse außer acht lassen.

[Wagner, Horst (SPD): Bertram!]

Die Alternative Liste ist nach ihrem eigenen Verständnis, Herr Momper, eine radikale Partei. In ihrem Wahlprogramm heißt es:

**Präsident Wohlrabe:** Herr Kollege Diepgen!

**Diepgen** (CDU): Der Regierende Bürgermeister redet etwas länger! – In ihrem Wahlprogramm heißt es:

[Unruhe bei der SPD]

> Es ist uns gelungen, radikale Forderungen in die Diskussion einzubringen. Die Alternative Liste hat ein gestörtes Verhältnis zum Parlamentarismus

[Anhaltende Unruhe bei der SPD]

**Präsident Wohlrabe:** Keine Aufregung! Kollege Diepgen war von der CDU-Fraktion als Abgeordneter Diepgen gemeldet worden. Herr Kollege Momper hat eine Minute mehr gehabt. Die gebe ich auch Herrn Kollegen Diepgen. Dann ist Schluß. (D)

**Diepgen** (CDU):

> Die Alternative Liste hat ein gestörtes Verhältnis zum Parlamentarismus und zu unserer Form der Demokratie.

Auch hierzu will ich aus dem Wahlprogramm zitieren:

> Unsere Parlamentsarbeit dient nicht dazu, im sogenannten Konsens der Demokraten aufzugehen.

In den Fragen der Gewalt sind die Formulierungen grotesk. Es heißt:

> Widerstand kann sich nicht auf staatlich festgeschriebene Legalität festlegen lassen.

Das ist ein Bekenntnis dazu, daß **Gewalt in der politischen Auseinandersetzung** in dem Programm dieser Gruppierung, die im Abgeordnetenhaus vertreten ist, möglich ist.

[Wagner, Horst (SPD): Machtmißbrauch ist das!]

Die Alternative Liste schließt auch Gruppen, wie die Autonomen, nicht grundsätzlich von gemeinsamen Aktionen aus, sondern sie will eine Zusammenarbeit erreichen.

**Präsident Wohlrabe:** Darf ich Sie bitten, zum letzten Satz zu kommen?

**Diepgen** (CDU): Für die Sorgen, die ich hier formuliert habe, spricht auch das Essential-Papier der SPD und der AL, das die Abgrenzung von der Gewalt nicht in ausreichender Weise vornimmt.

Mein letzter Satz: Sicher haben Volksparteien in einer Demokratie die Aufgabe, die politischen Ränder aufzusaugen und bedeutungslos zu machen. Aber die Berliner Sozialdemokratie ist im Moment nicht dabei, – –

(A) **Präsident Wohlrabe:** Kommen Sie bitte zum Schluß!

[Zurufe von der AL: Zurücktreten!]

**Diepgen** (CDU): Wenn der politische Stil in diesem Haus so weiter betrieben wird, ist er schlicht unakzeptabel. Ausreden lassen und auch im Amt ausreden lassen gehört zur parlamentarischen Selbstverständlichkeit.

[Beifall bei der CDU]

Ich bleibe bei meinem letzten Satz: Die Sozialdemokratie ist im Moment nicht dabei, die AL bedeutungslos zu machen. Mir kommt es darauf an zu sagen, daß die deutsche Geschichte lehrt, daß es gemeinsame Verantwortung der demokratischen Mitte gibt, **gemeinsame Verantwortung für das Gemeinwesen,** für den Staat, für die Demokratie und damit gegen den Extremismus.

[Frau Künast (AL): Zu spät, Herr Diepgen!]

**Präsident Wohlrabe:** Bitte, einen Satz!

**Diepgen** (CDU): Die Geschichte Berlins lehrt, daß für die Zukunft unserer Freiheit die Verantwortung der demokratischen Mitte entscheidend ist. Dieser Verantwortung werde ich und wird meine Partei gerecht werden. – Vielen Dank!

[Anhaltender Beifall bei der CDU]

**Präsident Wohlrabe:** Nach der Rednerliste hat jetzt Herr Kollege Pagel das Wort.

**Pagel** (REP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema des heutigen Tages, das in manchen Redebeiträgen in Vergessenheit gerät, ist das Thema „Bedrohung der parlamentarischen Demokratie durch Extremisten". Ich sage Ihnen eines ganz deutlich: Die **Republikaner fühlen sich nicht angesprochen.** Wir sind **keine Extremisten,** wir sind nicht gegen den Rechtsstaat und nicht gegen die Demokratie, sondern wir haben in unserem Programm ganz deutlich gesagt, daß wir **Rechtsstaat und Demokratie stärken** und ausbauen wollen.

(B)

Die **Extremisten finden wir auf der anderen Seite des politischen Spektrums.** Das möchte ich Ihnen gleich mit einigen Beispielen belegen: Wenn man sich die Alternative Liste in dieser Stadt anguckt mit ihren wesentlichen Essentials ihrer Politik, mit denen man glaubt, die absolute Wahrheit gepachtet zu haben, mit denen man glaubt, man könne diese absolute Wahrheit auch mit Gewalt durchsetzen, dann stellt man fest, daß die Extremisten dort und nicht auf der konservativen Seite des politischen Spektrums sitzen. Betrachten Sie einmal einige Vertreter der Alternativen Liste in dieser Stadt. Wir haben einige Zitate zusammengetragen. Wir haben Herrn Christian Ströbele, vorbestraft wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Er ist in der Verhandlungskommission SPD-AL. Wir haben die Bundestagsabgeordnete Ellen Olms. Sie hat gesagt:

> Ein Bündnis, das insbesondere die Autonomen als Partner akzeptiert, kann als Fortschritt gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Wir haben den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Dirk Schneider. Er hat gesagt, die RAF-Terroristen müßten zusammengelegt werden; sie seien Leute aus dem Widerstand. Wohlgemerkt: Terroristen! Er hat weiterhin gesagt, man könne sich von den Autonomen nicht verabschieden, denn dann müsse man sich von sich selbst verabschieden. – Wir haben noch vieles anderes hier. Wir haben Herrn Klöpper von der Alternativen Liste. Er gehört zu den Lorenz-Entführern. Er war Kandidat der Alternativen Liste für die BVV, für das Abgeordnetenhaus. Man könnte diese Beispiele im Grunde genommen beliebig verlängern.

Wenn Sie, Herr Momper, versuchen, das zu rechtfertigen, wenn Sie sagen, die Alternative Liste sei eine Gruppierung, die für den Umweltschutz sei; das seien alles ganz bemühte Leute, und deshalb dürfe man das alles nicht so eng sehen, muß ich Ihnen folgendes sagen: Ihre Vorväter, ihre Urahnen in der Sozialdemokratischen Partei, ob Kurt Schumacher, Ernst Reuter oder Friedrich Ebert, haben in ihren Gräbern rotiert, als sie das mit anhören mußten. (C)

[Wagner, Horst (SPD): Sie rotieren über das, was Sie hier reden! – Weitere Zurufe von der SPD]

Sie wollen die Leute von der Alternativen Liste Sie in die Regierungsverantwortung führen.

Ich kann aber auch die Damen und Herren von der **CDU-Fraktion von der Verantwortung für die hier entstandene Situation** nicht freisprechen. Die CDU hat sich bei den Sozialdemokraten, insbesondere beim linken Flügel, teilweise auch bei der Alternativen Liste, immer wieder angebiedert. Die Herren Fink und Hassemer, auch Frau John, sind in den letzten vier Jahren herumgelaufen und haben freigebig Geld an die alternative Szene verteilt. Die Autonomen freuten sich. Vieles von diesem Geld kam bei ihnen an und wurde für die Aufrüstung dieser Gruppierungen verwendet. Man muß in dieser Stadt wissen, wen man unterstützt. Man muß auch wissen, wo man politische Zuckerle verteilt, wo man hingeht und ein paar Millionen aus irgendwelchen Selbsthilfetöpfen auf bestimmte Szene-Angehörige ausstreut. Man darf sich dann nicht wundern, wenn solch eine Gruppierung wie die Alternative Liste und ihr Umfeld, die von der CDU gestreichelt und gestärkt wird, immer weiter anwächst und gestärkt wird. Wenn man dann noch eine unsoziale Politik betreibt, die die Sozialdemokratie gestärkt hat, entsteht solch eine Situation. Die CDU wird ihre Politik ganz gewaltig ändern müssen, um hier zu einer Veränderung der Situation zu kommen.

Zum letzten: Die Demokratie wird nicht bedroht und nicht verfolgt von einer konservativen und patriotischen Gruppierung wie den Republikanern. **Die Demokratie und der Rechtsstaat werden bedroht von einer Volksfront,** der linken SPD über Teile des Deutschen Gewerkschaftsbundes über die Sozialistische Einheitspartei Westberlins – moskauhörige Kommunisten – bis hin zu den gewalttätigen Chaoten, die vor Terror, Straßenkampf und selbst vor Mord, wie sie in Frankfurt bewiesen haben, nicht zurückschrecken. Und diese Volksfront ist der Gegner aller Demokraten in Berlin. Diese Volksfront muß bekämpft werden, und niemand, der dieser Volksfront angehört, darf hier in Berlin einen Fuß auf den Boden bekommen. (D)

[Beifall bei der REP]

**Präsident Wohlrabe:** Die Redezeit für die Republikaner ist zu Ende. Jetzt sind, Herr Dr. Köppl, noch fünf Minuten Redezeit für die AL-Fraktion.

**Dr. Köppl** (AL): Schön, daß ich Sie alle hier wieder begrüßen kann! Guten Tag, meine Damen und Herren! Der zukünftige Fraktionsvorsitzende der Oppositionsfraktion, Herr Diepgen, hat zur Nachdenklichkeit gemahnt,

[Dr. Lehmann-Brauns (CDU): Bloß nicht zu radikal sprechen!]

er hat gesagt, daß wir nicht mit einfachen Formeln auf das neue politische Phänomen der Republikaner herangehen dürfen. Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit haben sich so weit in der Berliner Bevölkerung verbreitet, daß sie sogar eine Parlamentsfraktion bilden dürfen. Gleichzeitig hat er sich aber nicht an seine eigene Regel gehalten. Er hat vielmehr in mehreren Ausführungen erklärt: Rechts ist gleich links. Ich finde, das ist die dümmlichste und einfachste Formel, auf die man das Problem bringen kann.

[Beifall bei der AL und der SPD]

Erstens erklärt diese Formulierung überhaupt nichts; es ist keine Analyse, es steckt keine Substanz darin. Und zweitens: Wenn man sieht, wie die AL in dieser Gesellschaft linke und fortschrittliche Politik macht,

[Zuruf von den REP: Terror!]

**Dr. Köppl**

(A) muß man sich damit auseinandersetzen, was unsere Ziele sind und wo unser gesellschaftliches Engagement liegt.

[Dr. Lehmann-Brauns (CDU): Fragen Sie mal Herrn Croissant!]

Ich sage Ihnen, Herr Diepgen: Wir haben in den letzten acht Jahren, seitdem wir hier im Landesparlament sind, damit auseinandergesetzt, wo wir Probleme auf die Tagesordnung bringen, die in der Gesellschaft schon längst erkannt, aber hier im Parlament ignoriert worden waren. Wir haben Ihnen die ökologischen Probleme, die sichtbar waren, hier vorgetragen und nahezubringen versucht, daß es Änderungsnotwendigkeiten gibt, die das gesamte Parlament bis dahin nicht gesehen hatte.

[Zuruf des Abg. Buwitt (CDU)]

– Schonen Sie Ihre Nerven hier vorn, Sie brauchen sie noch vier Jahre lang!

[Beifall bei der AL und der SPD]

Wir haben an den brennendsten Fragen der Verkehrspolitik, der Sozialpolitik, der ökologischen Zerstörung, der Vergiftungspolitik der Berliner Industrie versucht, Ihnen Lösungskonzeptionen vorzutragen und sogar mit Ihnen gemeinsam nach Lösungen gesucht.

[Zurufe von der CDU]

Das ist unsere **linke und fortschrittliche Politik in dieser Gesellschaft.**

[Fortgesetzte Zurufe von der CDU]

– Mein Gott, was ist nur mit Ihnen los! Verkraften Sie doch erst einmal Ihre Wahlniederlage und hören Sie sich das geduldig an! Vielleicht können Sie etwas lernen.

[Beifall bei der AL und der SPD – Dr. Lehmann-Brauns (CDU): Werden Sie jetzt bloß nicht zu radikal!]

(B) Auf diese linke und fortschrittliche Politik sind wir stolz, das muß ich Ihnen sagen. Diese Politik hat auch an Einfluß gewonnen. Wenn man daran denkt, daß die Sozialdemokraten vor acht Jahren noch eine Betonpartei und in den angesprochenen Punkten mit unsere schärfsten inhaltlichen Gegner waren, so sind wir der Meinung, daß unser Einfluß dazu geführt hat, daß wir heute berechtigterweise mit ihnen über eine **gemeinsame Regierungspolitik verhandeln** können. Wie Sie alle wissen, wurden die Einflüsse, die von uns und den Bürgerinitiativen ausgegangen sind, von der SPD produktiv aufgenommen. Diesen Lernprozeß, meine Damen und Herren auf der rechten Seite dieses Hauses, haben Sie noch vor sich.

Die CDU war in diesen Punkten nicht lernfähig, und nach meiner Meinung ist das der **Hauptgrund Ihrer Wahlniederlage.**

[Zurufe von der CDU]

Sie haben **auf die Zukunftsprobleme dieser Stadt keine adäquate Antwort** außer zu feiern oder zu prügeln. Das ist keine Antwort. Bei Ihnen ist nichts als die Prügelorgie Ihres Innensenators und die Feierseite des Regierenden Bürgermeisters. So kann man keine moderne Stadtpolitik machen.

[Beifall bei der AL und der SPD]

Noch ein kurzes Wort – damit ich meine Zeit nicht überziehe – zu den Republikanern. Die **Republikaner sind eine gewählte Partei.** Wir werden sie in allen Gremien akzeptieren; sie haben ihren Sitz in den Ausschüssen. Wir werden mit ihnen eine genaue Auseinandersetzung über ihr Programm und ihre Politik führen. **Ausländerfeindlichkeit** ist zwar in der deutschen Bevölkerung gegenwärtig populär, aber Ausländerfeindlichkeit ist kein Programm für eine Stadtpolitik und nicht tragfähig für vier Jahre inhaltlicher Auseinandersetzung. Wenn es gelingt, diese Partei in die inhaltliche Auseinandersetzung über Frauenfragen, ökologische Fragen, soziale Fragen, Baupolitik usw.

[Dr. Wruck (CDU): Die Aussiedler sparen Sie aus?]

einzubeziehen, werden wir feststellen, welche Substanz diese Partei hat. Meine Fraktionsvorsitzende hat heute klipp und klar erklärt: Wenn sie vernünftige Anworten auf die Fragen liefern, die wir aufgeworfen haben, dann werden sie weiter ihre Möglichkeit haben, hier im Parlament ihre Politik zu vertreten. (C)

[Landowsky (CDU): Danke!]

Wenn sie das nicht können,

[Landowsky (CDU): Dann schmeißen Sie uns raus!]

wenn die Republikaner nur auf dümmlichen Populismus machen und gestärkt durch den ebenso vorhandenen rechtspopulistischen Flügel der CDU mit Lummer ihren Rückenwind erhalten, sieht die Politik allerdings anders aus.

[Landowsky (CDU): Dann schmeißen Sie uns raus!]

Aber ich hoffe, wir führen die **inhaltliche Auseinandersetzung** so, daß wir die männerbündlerische Ebene dieses REP-Vereins nachweisen können. – Danke schön!

[Beifall bei der AL und der SPD]

**Präsident Wohlrabe:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf

## lfd. Nr. 8:

### Wahl der Mitglieder zur Bundesversammlung

Ich bitte, hier sehr genau zuzuhören, denn wir wollen keinen Fehler machen. Es kommt auch nur alle fünf Jahre vor. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die auf das Land Berlin entfallenden 16 Mitglieder zur Bundesversammlung nach Vorschlagslisten zu wählen. Die vier Vorschlagslisten liegen Ihnen vor. Gibt es zu den Vorschlagslisten Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. (D)

Zur Wahl der Mitglieder der Bundesversammlung möchte ich auf folgendes hinweisen: Die Sitzverteilung der 16 Bewerber richtet sich nach den für die einzelnen Listen abgegebenen Stimmen. Das Ergebnis wird nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren ermittelt. Sofern sich gleiche Höchstzahlen ergeben, muß ein Losentscheid herbeigeführt werden. Die Stimmzettel, auf denen die vier Vorschlagslisten aufgeführt sind, werden Ihnen nach Namensaufruf hier vorn ausgehändigt. Es ist nur eine Liste anzukreuzen. Die Stimmzettel sind dann – mit oder ohne Umschlag, darüber reden wir gleich – in den Zettelkasten zu werfen. Ein leerer Stimmzettel, auf dem also keine Liste angekreuzt ist, zählt als Stimmenthaltung. Anders gekennzeichnete Stimmzettel, auch solche, auf denen das Wort „nein" steht, werden als ungültige Stimmen bewertet. Stimmzettel mit zusätzlichen Vermerken werden ebenfalls als ungültig angesehen.

Darf ich fragen: Mit oder ohne Umschlag? – Wir hatten ursprünglich verabredet: ohne Umschlag. Wollen wir dabei bleiben?

[Zurufe: Ja!]

– Gut, dann verfahren wir so. Das geht auch schneller. Ich bitte nunmehr die verehrten Kollegen Beisitzer mitzuhelfen, die Stimmzettel vorn einzusammeln. Kollege Vetter möge doch bitte mit seiner guten Stimme die Namen aufrufen. Die Kollegen Frau Müller und Führer bitte ich, zur Ausgabe der Stimmzettel vor den Stenographenplätzen Aufstellung zu nehmen. Herr Kollege Bayer möge bitte an der Wahlurne Aufstellung nehmen. Herr Kollege Vetter, wir können mit dem Aufruf der Namen beginnen.

[Aufruf der Namen und Abgabe der Wahlzettel]

Ich darf nunmehr feststellen, daß alle Namen aufgerufen wurden. Jetzt ist das Wahlergebnis unter Hinzuziehung der Beisitzer festzustellen. Ich unterbreche daher die Sitzung für einen Moment.

[Auszählung]

Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich bitte, Platz zu nehmen.

**Präsident Wohlrabe**

(A) Ich darf das Ergebnis für die Zahl der Mitglieder zur Bundesversammlung, der Wahlmänner bekanntgeben: (C)

| | |
|---|---|
| Abgegebene Stimmen insgesamt | 137, |
| gültige Stimmen | 133, |
| ungültige Stimmen | 4. |

Und nun im einzelnen:

| | |
|---|---|
| Liste 1 – CDU – | 54 Stimmen, |
| Liste 2 – SPD – | 53 Stimmen, |
| Liste 3 – AL – | 17 Stimmen, |
| Liste 4 – REP – | 9 Stimmen. |

Es sind somit gewählt von der Vorschlagsliste 1 – ich nenne einfach die Nachnamen – Diepgen, Pakendorf, Frau Portner, von Richthofen, Stölzl, Lohmann, Wohlrabe; als Ersatzbewerber Frau Dr. Laurien, Fink, Pieroth, Kleemann, Landowsky, Wronski, Frau Lorenz.

Von der Vorschlagsliste 2 sind gewählt Galinski, Frau Rosh, Pagels, Frau Stahmer, Momper, Frau Brinckmeier; als Ersatzbewerber Staffelt, Wagner, Frau Holzhüter, Lorenz, Frau Reichel-Koß, Meisner.

[Momper (SPD): Frau Korthaase rutscht zu den Ersatzbewerbern!]

– Ich bin von der Verwaltung belehrt worden, daß sie nicht nachrutscht. Ich bitte, das mir jetzt so einfach abzunehmen.

Von der Vorschlagsliste 3 sind gewählt Frau Geese und Hammerbacher.

Von der Vorschlagsliste 4 sind Andres und als Ersatzbewerber Miosga gewählt.

Das sind die Wahlmänner, die uns in der Bundesversammlung am 23. Mai diesen Jahres zur Wahl des Bundespräsidenten vertreten werden.

(B) Eine Korrektur: Frau Korthaase, entschuldigen Sie bitte, wir haben es überpröft, Sie sind erste Ersatzbewerberin, und hinten bleibt die Liste länger. (D)

[Frau Korthaase (SPD): Ich danke Ihnen, Herr Präsident!]

Ich möchte das gleich korrigieren, damit kein Fehler auftaucht. Ich bitte um Verzeihung.

Jetzt rufe ich auf

## lfd. Nr. 9, Drucksache 11/1:

### Wahl von zwei Abgeordneten zu Mitgliedern des Wahlprüfungsgerichts

Es werden vorgeschlagen von der Fraktion der CDU der Abgeordnete Hubert Rösler, von der Fraktion der SPD der Abgeordnete Dr. Gerl. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer den vorgeschlagenen Abgeordneten die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Dagegen? – Enthaltungen? – Einstimmig so befunden.

Meine Damen und Herren! Wir stehen damit am Ende der heutigen Tagesordnung. Zur nächsten Sitzung wird rechtzeitig eingeladen. – Die Sitzung ist geschlossen, und ich danke Ihnen.

[Schluß der Sitzung: 13.58 Uhr]

Druck: Verwaltungsdruckerei Berlin, Kohlfurter Straße 41-43, 1000 Berlin 36

Anlage

(A)

# Beschlüsse des Abgeordnetenhauses

(C)

## Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses

Die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses der 10. Wahlperiode einschließlich der Anlagen 1 bis 4 wird als vorläufige Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses der 11. Wahlperiode mit folgender Änderung übernommen:

In § 12 – Zusammensetzung des Präsidiums – wird in Absatz 1 das Wort „acht" durch das Wort „sechs" ersetzt.

## Genehmigungsverfahren in Immunitätsangelegenheiten

1. Das Abgeordnetenhaus von Berlin genehmigt bis zum Ablauf der 11. Wahlperiode die Durchführung von Ermittlungsverfahren wegen Straftaten, es sei denn, daß es sich um Beleidigungen (§§ 185, 186, 187 a Abs. 1 StGB) politischen Charakters handelt, sowie von Ehrengerichts- und Dienststrafverfahren.

   Soweit die allgemeine Genehmigung gilt, ist aber vor Einleitung eines Ermittlungsverfahrens dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses unmittelbar und, soweit nicht Gründe der Wahrheitsfindung entgegenstehen, dem betroffenen Abgeordneten Mitteilung zu machen; unterbleibt eine Mitteilung an den Abgeordneten, so ist der Präsident auch hiervon unter Angabe der Gründe zu unterrichten.

   Diese Genehmigung gilt auch für eine vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis gemäß § 111 a StPO. Die Maßnahme ist dem Präsidenten unverzüglich mitzuteilen.

2. Diese Genehmigung umfaßt nicht

   a) die Erhebung der öffentlichen Klage wegen einer Straftat und den Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls oder einer Strafverfügung,

(B)

   b) im Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten den Hinweis des Gerichts, daß über die Tat auch auf Grund eines Strafgesetzes entschieden werden kann (§ 81 Abs. 1 S. 2 OWiG),

   c) freiheitsentziehende und freiheitsbeschränkende Maßnahmen im Ermittlungsverfahren.

3. Im übrigen gelten die Bestimmungen der Richtlinien in Immunitätsangelegenheiten (Anlage 2 zur Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin).

   Das Recht des Abgeordnetenhauses, die Aufhebung jeder Haft oder sonstiger Beschränkung der persönlichen Freiheit eines Abgeordneten zu verlangen (Artikel 35 Abs. 4 VvB), bleibt unberührt.

## Befugnis des Präsidenten des Abgeordnetenhauses zur Erteilung der Ermächtigung zur Strafverfolgung

Der Präsident des Abgeordnetenhauses erhält die Befugnis, im Einvernehmen mit dem Ältestenrat in den im Strafgesetzbuch vorgesehenen Fällen die Ermächtigung zur Strafverfolgung zu erteilen.

## Wahl des Präsidenten

Gemäß Artikel 28 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit §§ 11 und 12 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin ist zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin gewählt worden:

Herr Abgeordneter Jürgen Wohlrabe

## Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums des Abgeordnetenhauses von Berlin

Gemäß Artikel 28 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit §§ 9, 11 und 12 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin sind zu weiteren Mitgliedern des Präsidiums des Abgeordnetenhauses von Berlin gewählt worden:

zu Stellvertreterinnen des Präsidenten

Frau Abgeordnete Marianne Brinckmeier
Frau Abgeordnete Dr. Hilde Schramm

zu Beisitzern

Herr Abgeordneter Reinhard Führer
Herr Abgeordneter Peter Gierich
Herr Abgeordneter Peter Vetter
Herr Abgeordneter Raimund Bayer
Herr Abgeordneter Klaus Dürr
Frau Abgeordnete Helga Müller

## Tag und Stunde der Sitzungen des Abgeordnetenhauses

Die Sitzungen des Abgeordnetenhauses finden grundsätzlich am zweiten und vierten Donnerstag eines jeden Monats – jeweils um 13.00 Uhr – statt.

Falls zusätzliche Arbeitssitzungen erforderlich werden, sollen diese am fünften Donnerstag – in Monaten mit fünf Donnerstagen – durchgeführt werden.

## Einsetzung des Ältestenrats

Der Ältestenrat wird nach § 17 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin in folgender Zusammensetzung eingesetzt:

Der Präsident des Abgeordnetenhauses als Vorsitzender,

die beiden Stellvertreterinnen des Präsidenten und weitere 12 Mitglieder, und zwar (D)

5 Mitglieder der Fraktion der CDU
5 Mitglieder der Fraktion der SPD
1 Mitglied der Fraktion der AL
1 Mitglied der Fraktion der REP

## Wahl der Mitglieder zur Bundesversammlung

Gemäß § 2 Abs. 2 und § 4 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung vom 25. April 1959 (BGBl. I S. 230/GVBl. S. 649), geändert durch Gesetz vom 24. Juni 1975 (BGBl. I S. 1593/GVBl. S. 1702), in Verbindung mit der Bekanntmachung über die Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder der Bundesversammlung vom 17. Januar 1989 (BGBl. I S. 90) sind gewählt worden:

a) **auf Vorschlag der Fraktion der CDU**

**zu Mitgliedern**

Herr Eberhard Diepgen,
Taubertstraße 19, 1000 Berlin 33

Herr Heinz Pakendorf,
Hallichpromenade 7, 1000 Berlin 26

Frau Katharina Portner,
Kranzallee 16, 1000 Berlin 19

Herr Manfred von Richthofen,
Clayallee 60 B, 1000 Berlin 33

Herr Prof. Dr. Christoph Stölzl,
Albertinenstraße 15/16, 1000 Berlin 37

Herr Dieter Lohmann,
Grolmanstraße 32, 1000 Berlin 12

Herr Jürgen Wohlrabe,
Eschenallee 31 A, 1000 Berlin 19

(A)

**zu Ersatzpersonen**

Frau Dr. Hanna-Renate Laurien,
Dillgesstraße 4, 1000 Berlin 46

Herr Ulf Fink,
Höhenweg 3, 1000 Berlin 20

Herr Elmar Pieroth,
Am Sandwerder 41, 1000 Berlin 39

Herr Jürgen Klemann,
Schillerstraße 9 A, 1000 Berlin 37

Herr Klaus-Rüdiger Landowsky,
Fontanestraße 6 A, 1000 Berlin 33

Herr Edmund Wronski,
Roswithastraße 30 A, 1000 Berlin 28

Frau Marianne Lorenz,
Elvirasteig 31, 1000 Berlin 37

b) **auf Vorschlag der Fraktion der SPD**

**zu Mitgliedern**

Herr Dr. Heinz Galinski,
Pfalzburger Straße 19 A, 1000 Berlin 31

Frau Lea Rosh,
Forststraße 14, 1000 Berlin 37

Herr Michael Pagels,
Brombeerweg 24, 1000 Berlin 19

Frau Ingrid Stahmer,
Am Rupenhorn 22, 1000 Berlin 19

Herr Walter Momper,
Fichtestraße 15, 1000 Berlin 61

(B) Frau Marianne Brinckmeier,
Hannemannstraße 34, 1000 Berlin 47

**zu Ersatzpersonen**

Frau Helga Korthaase,
Helgolandstraße 1, 1000 Berlin 33

Herr Dr. Ditmar Staffelt,
Tirschenreuther Ring 21, 1000 Berlin 48

Herr Horst Wagner, (C
Machandelweg 6, 1000 Berlin 19

Frau Ingrid Holzhüter,
Bayernring 28, 1000 Berlin 42

Herr Hans-Georg Lorenz,
Südekumzeile 8 B, 1000 Berlin 20

Frau Ilse Reichel-Koß,
Eisenacher Straße 119, 1000 Berlin 30

Herr Dr. Norbert Meisner,
Breisgauer Straße 24, 1000 Berlin 38

c) **auf Vorschlag der Fraktion der AL**

**zu Mitgliedern**

Frau Astrid Geese,
Schönwalder Straße 28, 1000 Berlin 65

Herr Michael Hammerbacher,
Haubachstraße 24, 1000 Berlin 10

d) **auf Vorschlag der Fraktion der REP**

**zum Mitglied**

Herr Bernhard Andres,
Spandauer Straße 105 A, 1000 Berlin 20

**zur Ersatzperson**

Herr Richard Miosga,
Sulzaer Straße 16, 1000 Berlin 33

**Wahl von zwei Abgeordneten zu Mitgliedern des Wahlprüfungsgerichts** (D

Gemäß § 1 Abs. 2 Buchst. c des Wahlprüfungsgesetzes vom 16. Oktober 1958 (GVBl. S. 1021), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. September 1987 (GVBl. S. 2370), sind für die Dauer der 11. Wahlperiode zur Mitgliedern des Wahlprüfungsgerichts gewählt worden:

Herr Abgeordneter Hubert Rösler

Herr Abgeordneter Dr. Andreas Gerl